

# *Beschlussbuch*

*Landesdelegiertenkonferenz*

*2019.1*

 **JUSOS**  
HAMBURG

# *I. Europa*

 **JUSOS**  
HAMBURG ■

AntragstellerIn: Landesvorstand

## 1 **Ein soziales, solidarisches, nachhaltiges und grenzenloses Europa** 2 **ist die Antwort – unsere Jugendwahlkampagne zur Europawahl 2019**

3  
4  
5 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD-  
6 Landesparteitag beschlossen:

### 7 **Forderung:**

8  
9  
10 Seit ihrem mehr als 60-jährigen Bestehen hat sich die Europäische Union von einer  
11 sechs Staaten umfassenden Wirtschaftsunion zu einem Staatenbund entwickelt, dem  
12 aktuell 28 Mitgliedstaaten und mehr als 500 Millionen Einwohner\*innen angehören.  
13 Diese einzigartige politische und wirtschaftliche Gemeinschaft trägt heute dazu bei,  
14 dass wir verbundener sind denn je. Die geteilten europäischen Werte, wie die  
15 Unantastbarkeit der Würde des Menschen, Freiheit, Gleichheit, Demokratie und  
16 Rechtstaatlichkeit, stellen die Rahmenbedingung für gemeinsames Handeln dar und  
17 sollen ein friedliches Zusammenleben und das Wohlergehen der Unionsbürger\*innen  
18 fördern.

19 Gerade unsere Generation ist mit diesen europäischen Errungenschaften fast wie  
20 selbstverständlich aufgewachsen. Ereignisse in der jüngsten Vergangenheit zeigen  
21 aber, dass diese Errungenschaften keinesfalls selbstverständlich sind und wir  
22 Verantwortung dafür tragen, dass wir auch weiterhin die Sicherung der natürlichen  
23 Lebensgrundlagen und den Ausbau von Frieden, Wohlstand und gesellschaftlichen  
24 Fortschritt als unsere gemeinsame Verpflichtung anerkennen.

25 Unsere Vision als Jusos geht dabei noch weit über den aktuellen Status Quo der  
26 Europäischen Union hinaus. Unsere Vision ist ein geeintes Europa, in dem soziale  
27 und geografische Grenzen überwunden werden, in dem Wohlstand gerecht verteilt  
28 wird und in dem Armut und Umweltzerstörungen der Vergangenheit angehört.

29 Dafür ist eine starke sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament  
30 unabkömmlich. Die europäische Sozialdemokratie findet sich allerdings in einer nie da  
31 gewesenen Krise. An nur noch 11 der 28 nationalen Regierungen sind  
32 Sozialdemokrat\*innen beteiligt; in nur noch 6 Ländern stellen sie den\*die  
33 Regierungschef\*in – ein Warnsignal in Anbetracht der Wahlen zum Europäischen  
34 Parlament. Als Jugendorganisation der SPD sehen wir es als unsere Aufgabe bei der  
35 anstehenden Europawahl dafür zu kämpfen, dass möglichst viele sozialdemokratische  
36 Abgeordnete in das Parlament einziehen. Mit unserer Jugendwahlkampagne möchten  
37 wir deshalb folgendes bewirken:

- 38 • Aufmerksamkeit auf die anstehende Europawahl lenken, die als schicksalhafteste  
39 Wahl seit Bestehen der Gemeinschaft gilt,
- 40
- 41 • insbesondere junge Menschen motivieren ihre Stimme abzugeben,
- 42
- 43 • bundes- und europaweit für ein Wahlrecht ab 16 Jahren bei kommenden  
44 Europawahlen zu werben,
- 45
- 46 • unsere junge und sozialdemokratische Vision der Vereinigten Staaten von Europa  
47 unterstreichen,
- 48

- 49 • Rechtsextremismus und –populismus entschieden entgegneten – denn unsere  
50 Vielfalt ist unsere Stärke,  
51
- 52 • das europapolitische Profil der SPD in Hamburg und in Deutschland weiter zu schärfen  
53 – *Europa ist die Antwort* darf nicht nur ein Hashtag sein, und  
54
- 55 • für den Einzug vieler sozialdemokratischer Abgeordnete, insbesondere unseren  
56 Hamburger Kandidaten Knut Fleckenstein, zu werben.  
57

### 58 Unsere Vision einer solidarischen und sozialen Gemeinschaft

59 Gleichwohl wir den gemeinsamen Binnenmarkt schätzen und anerkennen, dass die  
60 Wirtschafts- und Währungsunion den Lebensstandard in allen Mitgliedstaaten  
61 gesteigert hat, leben wir in einer Union, in der Wohlstand und Einkommen ungerecht  
62 verteilt sind. Auch die wirtschaftlichen Situationen in den Mitgliedstaaten sind sehr  
63 unterschiedlich. Weisen einige südeuropäische Länder wie Griechenland, Spanien  
64 und Italien hohe Arbeitslosenquoten auf – insbesondere in der Gruppe der jungen  
65 Menschen -, gibt es in einigen mittel- und nordeuropäischen Ländern nahezu  
66 Vollbeschäftigung. Aber auch innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten ist ein immer  
67 weiteres Auseinanderklaffen der Einkommensschere zu beobachten.

68 Damit die EU aber ihrem sozialen Versprechen nachkommen kann, muss die  
69 Gemeinschaft frühestmöglich zu einer echten Sozialunion umgebaut werden. Die  
70 Europäische Säule sozialer Rechte sehen wir lediglich als ersten Schritt in die richtige  
71 Richtung, unsere Forderungen gehen weit darüber hinaus und sollen prominent im  
72 Wahlkampf platziert werden. Wir fordern:

- 73 • Europaweit müssen verpflichtende soziale Mindeststandards eingeführt werden.  
74 Jede\*r Unionsbürger\*in soll kranken-, pflege- und rentenversichert sein sowie eine  
75 Arbeitslosenversicherung haben.  
76
- 77 • Die Einführung einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung soll vorangetrieben  
78 werden. In diese sollen alle Mitgliedstaaten einzahlen; in Krisenzeiten können einzelne  
79 Mitgliedstaaten auf diese befristet (zum Beispiel ein Jahr lang) zugreifen. Mit den für  
80 diesen Zeitraum aus dem nationalen Haushalt freien Mitteln können dann Investitionen  
81 getätigt werden, um einen weiteren Abschwung zu vermeiden.  
82
- 83 • Weiterhin sollen Arbeitnehmer\*innenrechte gestärkt werden. Auch hier sollen  
84 gemeinsame Mindeststandards entwickelt werden, wie beispielsweise die  
85 verpflichtende Einführung von Mindestlöhnen, die sich am Lohnniveau, den  
86 Lebenshaltungskosten und anderen wirtschaftlichen Voraussetzungen der jeweiligen  
87 Mitgliedstaaten orientieren. Dabei kämpfen wir dafür, dass Arbeitnehmer\*innen den  
88 Mindestlohn, der im Land ihres Arbeitsortes und nicht des Landes des Firmensitzes  
89 ausgezahlt bekommen.  
90
- 91 • Die Finanzmarktregulierung muss weiter stark vorangetrieben und Steuerflucht mit  
92 allen Mitteln bekämpft werden. Hierbei stellt nicht nur Steuerflucht ins EU-Ausland eine  
93 Rolle, sondern auch die unfaire Steuerpolitik von einigen Mitgliedstaaten selbst ist  
94 unsolidarisch gegenüber der EU. Langfristig soll auch die Angleichung der  
95 unterschiedlichen Steuersysteme innerhalb der Union gefördert werden, zum Beispiel

96  
97  
98  
99  
100  
101  
102  
103  
104  
105  
106  
107  
108  
109  
110  
111  
112  
113  
114  
115  
116  
117  
118  
119  
120  
121  
122  
123  
124  
125  
126  
127  
128

durch gemeinsam vereinbarte Korridore. Innerhalb der EU sollen Mitgliedstaaten für Steuervermeidungsmodelle und Steuerflucht konsequent sanktioniert werden können.

- Es muss eine Abkehr vom europäischen Mantra der schwarzen Null erfolgen. Wenngleich wir als junge Generation eine ungehemmte staatliche Überschuldung zu unserem eigenen Wohl ablehnen, da sie uns abhängig von privaten Kapitalgeber\*innen macht, soll die EU durch das Aufdrücken eines Spardiktats einzelne Staaten in Krisenzeiten nicht mehr in die Handlungsunfähigkeit drängen. Vielmehr sollen langfristige Mechanismen geschaffen werden, damit es gar nicht erst zu Krisen kommt, beispielsweise durch die Unterdrückung von Leistungsbilanzungleichgewichten. Insgesamt soll eine antizyklische Fiskalpolitik in ganz Europa gefördert werden.
- Qualifikationen sollen innerhalb der EU so unbürokratisch wie möglich anerkannt werden. Ist dies durch die sogenannte Bologna-Reform bei Studienabschlüssen schon weitestgehend möglich, ist dies bei einzelnen Studienfächern, wie Medizin oder Rechtswissenschaften, oder Ausbildungsberufen nur selten der Fall. Um Personenfreizügigkeit und gerechte Bezahlung auch Nicht-Akademiker\*innen zu ermöglichen, soll die Anerkennung unkompliziert und möglichst prüfungsfrei erfolgen.
- Eine Jugendgarantie muss geschaffen, finanziell unterstützt und konsequent umgesetzt werden. Jeder junge Mensch bis zum 27. Lebensjahr soll – sofern sie\*er nicht selber einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz gefunden hat – spätestens 6 Monate nach Abschluss der (Schul-)Ausbildung oder des Studiums eine hochwertige Arbeitsstelle oder Ausbildungsmaßnahme angeboten bekommen.
- Bestehende Austauschprogramme, wie Erasmus +, müssen weiterhin gefördert und ausgebaut werden, um jungen Menschen unabhängig ihrer Herkunft eine Auslandserfahrung innerhalb der EU zu ermöglichen. Ferner setzen wir uns dafür ein, dass Schulaustausche verpflichtend in die Curricula der Bundesländer aufgenommen werden; diese sollen von der europäischen Union zur Hälfte finanziell getragen werden.

### Don't touch my Schengen – ein Europa ohne Grenzkontrollen

In Schengen, einem kleinen Ort im Luxemburg, unterzeichneten vor mehr als 30 Jahren die damaligen Mitgliedstaaten ein Abkommen, dass Reisefreiheit ohne Grenzkontrollen ermöglichen sollte. Heute sind 26 Staaten, die meisten von ihnen EU-Mitglieder, Teil von Schengen. 400 Millionen Menschen können sich so ohne Grenzkontrollen im Schengenraum bewegen. Wir jungen Leute kennen es gar nicht mehr Kilometer weit vor Staatsgrenzen im Stau zu stehen oder im Zug bei Grenzüberschreitung kontrolliert zu werden.

Im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise wurde Schengen zeitweise ausgesetzt - wir halten das nicht für inakzeptabel und fordern daher:

- die Unantastbarkeit des Schengenabkommens, um auch weiterhin grenzenlos reisen zu können und

141

- 142 • dass auch EU-Staaten, die Teil der Union, nicht aber Teil des Schengenraums sind  
143 (Irland, Zypern, Bulgarien, Kroatien und Rumänien), zeitnah diesem beitreten. Die EU  
144 und die Mitgliedstaaten sollen hierfür alle nötigen Anstrengungen unternehmen.

145

146 There is no Planet B – für eine verantwortungsvolle gemeinsame Klima- und  
147 Umweltpolitik

148 Klimaveränderungen, Umweltkatastrophen und Treibhausgase machen nicht vor  
149 Landesgrenzen Halt. Um allen europäischen Bürger\*innen und den künftigen  
150 Generationen ein Leben ein Leben auf einem gesunden Planeten zu ermöglichen,  
151 müssen deutlich mehr Anstrengungen auf europäischer Ebene unternommen werden.

152 Wir fordern:

- 153 • eine konsequente Verfolgung und Erhöhung der von den EU-Mitgliedstaaten bis 2030  
154 gesetzten Ziele, wie die Senkung von Treibhausgasemissionen um mindestens 40  
155 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 und die Steigerung des Anteils erneuerbarer  
156 Energiequellen, um eine Einhaltung des 1,5° C Zieles zu gewährleisten,  
157
- 158 • die vorhandenen Schlupflöcher in dem derzeit geltenden EU-Emissionsgesetz, wie die  
159 Nutzung ungenutzter Emissionszertifikate aus der Zeit vor 2020 oder der Einsatz  
160 überschüssiger Rechte zur Kompensierung anderer Bereiche, zu schließen  
161
- 162 • auch wenn das Ziel das Stoppen des Klimawandels ist, sich bereits jetzt mit möglichen  
163 Veränderungen auseinanderzusetzen und zusammen konkrete Lösungen für die  
164 Herausforderungen, wie der Bau von Hochwasserschutzanlagen und die Entwicklung  
165 von trockenheitsresistenteren Kulturen, zu erarbeiten. Desweiteren sind die bereits  
166 zugesagten Mittel den Ländern des Globalen Südens vollumfänglich zur Verfügung zu  
167 stellen, sowie dass die EU bei den Mitgliedern des Abkommens darauf hinwirkt,  
168 ehrgeizigere Ziele als bisher zu entwickeln, und die USA von der Rückkehr in das  
169 Abkommen zu überzeugen, damit die Ziele des Abkommens erreicht werden können.  
170
- 171 • der stetige Einsatz auf internationaler Ebene für die Einhaltung und Weiterentwicklung  
172 des Pariser Klimaschutzabkommens,  
173
- 174 • Forschung und Anwendung erneuerbarer Energien voranzutreiben, um so eine  
175 europaweite Dekarbonisierung zu beschleunigen und die europaweite Abkehr von  
176 Atomkraft einzuläuten. Bei den notwendigen Anstrengungen den Klimawandel zu  
177 bremsen und seine Folgen abzumildern, dürfen die gleichzeitig stattfindenden  
178 negativen ökologischen Veränderungen nicht vergessen werden: Der Verlust der  
179 Artenvielfalt, die Versauerung und die Vermüllung der Meere, die Entwaldung und der  
180 massive Eintrag von Nährstoffen in die Ökosysteme durch menschliche Abwässer und  
181 Düngemittel.  
182

183 Die Europäische Union in der Welt

184 Die EU hat als historisch einzigartige Organisation in der Welt eine besondere Rolle  
185 eingenommen. Nicht nur, dass sie der größte einheitliche Handelsraum der Welt  
186 darstellt, sie übernimmt auch in der Außen- und Sicherheitspolitik immer  
187 bedeutendere Aufgaben. Auch hier zeichnen sich aber weiterhin Uneinigheiten sowie  
188 Handlungsunfähigkeit durch fehlende Kompetenzen ab. Für uns sind eine

- 189 gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine solidarische Flüchtlingspolitik  
190 essentiell für die Sicherung und Ausbau des Friedens und Wohlstandes innerhalb der  
191 Union und in der Welt. Wir fordern:
- 192 • eine endgültige Abkehr der Dublin-Regelung hin zu einer echten gemeinsamen  
193 Flüchtlingspolitik, bei der die Mitgliedstaaten solidarisch und ihrer Bevölkerungszahl  
194 entsprechend Geflüchtete aufnehmen; die Asylverfahren werden hierbei zentral  
195 gesteuert,  
196
  - 197 • eine staatlich finanzierte europäische Seenotrettung durch Frontex; europäische Werte  
198 dürfen nicht länger von den Mitgliedstaaten selbst mit Füßen getreten, sondern  
199 müssen geachtet werden; dazu muss die Grenzschutzagentur Frontex so umgebaut  
200 werden, dass sie sich dem Schutz menschlichen Lebens verpflichtet und unter  
201 demokratische Kontrolle des Europäischen Parlaments gestellt wird,  
202
  - 203 • die Möglichkeit zu schaffen in Botschaften von EU-Mitgliedstaaten Antrag auf Asyl zu  
204 stellen; dadurch soll darauf hingewirkt werden Schleppern die Geschäftsgrundlage zu  
205 entziehen,  
206
  - 207 • das Hinwirken auf ein gemeinsames europäisches Einwanderungsgesetz,  
208
  - 209 • die Abgabe von Kompetenzen der Nationalstaaten an die Europäische Gemeinschaft,  
210 um die Stellung der\*des Hohen Vertreter\*in für Außen- und Sicherheitspolitik zu  
211 stärken und so in der Welt klarer mit einer Stimme sprechen zu können,  
212
  - 213 • den Ausbau der europäischen Verteidigungsorganisation PESCO hin zu einer echten  
214 europäischen Armee, die dem Europäischen Parlament unterstellt ist; gleichwohl wir  
215 den Einsatz militärischer Mittel weiterhin als letztmögliches Mittel der Intervention  
216 betrachten;  
217
  - 218 • das Vorantreiben des Ziels einen gemeinsamen Sitz im Außen- und Sicherheitsrat der  
219 Vereinten Nationen,  
220
  - 221 • eine echte europäische Entwicklungszusammenarbeit, bei der die Europäische Union  
222 in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten die Koordinierungs- und Managementfunktion  
223 übernimmt; hierbei soll die bisher geltende ODA-Quote von 0,7 Prozent zwingend  
224 eingehalten werden; es sind aber auch weitere Mittel, beispielsweise durch die  
225 Stärkung EIPs, zu generieren, um etwa in der Lage zu sein die Umsetzung der UN-  
226 Nachhaltigkeitsziele bis 2030 zu erreichen,  
227
  - 228 • Die klare Einnahme ehrgeiziger Positionen bei internationalen Klimaverhandlungen mit  
229 der Bereitschaft, mehr als nur den Jahresanteil zu leisten – eine Verminderung eines  
230 gefährlichen Klimawandels ist ein entscheidender Teil der Entwicklungspolitik und dient  
231 darüber hinaus den Sicherheitsinteressen Europas,  
232
  - 233 • eine Erweiterungspolitik, die glaubhaft bleibt; insbesondere den Staaten des  
234 Westbalkans, die komplett von der EU eingeschlossen sind, muss ein Beitritt so bald  
235 wie möglich ermöglicht werden; zwar ist hierbei das Prinzip der Konditionalität zu  
236 achten, gleichwohl muss die EU aber ihr Engagement künftig noch weiter verstärken,

- 237 um nicht die Sympathie der weitestgehend proeuropäischen Bevölkerung vor Ort zu  
238 verlieren,  
239  
240 • die Aufrechterhaltung des kontinuierlichen Dialogs mit der russischen Regierung,  
241 gerade in Zeiten des deutlich angespannten Verhältnisses; zudem sollen wieder  
242 Verhandlungen über Visaerleichterungen aufgenommen werden; langfristig tragen  
243 gerade Austausch zwischen jungen Menschen zu einer Entspannung der  
244 Beziehungen bei,  
245  
246 • weiterhin eine klare Haltung gegenüber Großbritanniens angesichts des Brexits zu  
247 wahren; auch wenn wir den Austritt des Vereinigten Königreichs – gerade für die junge  
248 britische Generation – bedauern, schließen wir Sonderregelungen für gewisse  
249 Wirtschaftsbereiche bei zeitgleicher Ablehnung der Freizügigkeit aus.

### 250 Die Vereinigten Staaten von Europa – mehr als ein Hirngespinnst

251 In unserem Antrag *Mehr Europa wagen, EU handlungsfähiger gestalten*, der 2018 von  
252 uns Jusos und der SPD Hamburg beschlossen wurde, haben wir uns klar für eine  
253 Vertragsänderung positioniert. Eine Vertragsänderung würde es ermöglichen, die  
254 Institutionen zum einen so umzubilden, dass sie Aufgaben demokratischer und besser  
255 im europäischen Interesse wahrnehmen können, zum anderen eine Übernahme  
256 gewisser Aufgaben, etwa im Bereich Soziales, überhaupt erst legalisieren.  
257 Wir sprechen uns weiterhin klar für die Vision der Vereinigten Staaten von Europa aus  
258 – ein echten föderalistischen Zusammenschluss der europäischen Länder, der im  
259 Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip zum Wohle aller europäischen Bürger\*innen  
260 beiträgt. Eine permanente EU-Staatsbürger\*innenschaft gehört für uns zur  
261 gemeinsamen Zukunft Europas dazu. Eine wichtige Rolle neben hierbei Städte und  
262 Kommunen ein, wir stehen weiterhin hinter dem Modell eines Europas der Regionen.

### 263 Ich geh' am 26. Mai wählen – und was machst Du?

264 Zwischen dem 23. und 26. Mai 2019 finden in den dann nur noch 27 Mitgliedstaaten  
265 die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Allein in Deutschland sind rund 63,6  
266 Millionen Wähler\*innen dazu aufgerufen, ihre Stimme abzugeben – darunter befinden  
267 sich rund 5 Millionen junge Menschen, die zum ersten Mal wählen dürfen.

268 Eine wesentliche Herausforderung wird es sein, die Menschen dazu zu motivieren,  
269 wählen zu gehen. Als größte parteipolitische Jugendorganisation in Hamburg befinden  
270 wir es hierbei insbesondere als unsere Aufgabe, Erst- und Jungwähler\*innen an die  
271 Wahlurne zu bringen. Aus diesem Grund zielt unsere Jugendwahlkampagne darauf ab

- 272 • die europapolitischen Positionen der Jusos Hamburg präsent in die Partei und in die  
273 Gesellschaft zu tragen,  
274  
275 • unsere Sichtbarkeit mit regelmäßigen öffentlichen Aktionen zu erhöhen,  
276  
277 • dort Wahlkampf zu machen, wo wir mit Sicherheit auf junge Menschen treffen, zum  
278 Beispiel durch Teilnahme an Schuldiskussionen,  
279  
280 • uns entsprechend auf den Wahlkampf vorzubereiten, um qualifizierte  
281 Wahlkämpfer\*innen auf die Straßen zu schicken; hierfür soll es entsprechende  
282 Workshops zentral auf Landesebene geben, bei denen wir uns zum einen mit dem  
283 Aufbau und der Wirkungsweise der EU-Institutionen und zum anderen mit dem  
284 Europawahlprogramm der SPD sowie der SPE/ PSE beschäftigen,  
285



286  
287  
288  
289  
290  
291  
292  
293  
294  
  
295  
296  
297  
298  
299  
300  
301  
302  
303  
304  
305

- gemeinsam 5 zentrale inhaltliche Thesen für den Wahlkampf zu entwickeln, die Themen behandeln, die insbesondere für junge Menschen von Bedeutung sind,
- eng mit der Juso-Bundesebene und anderen Landesverbänden zusammen zu arbeiten, um zum Beispiel Synergien zu schaffen und eine Corporate-Identity zu fördern, sowie
- in breiten progressiven Netzwerken, die über Parteigrenzen hinausgehen, zu arbeiten – denn nur gemeinsam können wir etwas bewegen.

Es heißt die anstehenden Wahlen seien die wichtigsten Wahlen zum Europäischen Parlament, die es je gegeben hat. Überall innerhalb der Europäischen Union erhalten rechtspopulistische Kräfte Auftrieb, die Sozialdemokratie hingegen erlebt einen Rückschlag nach dem anderen.

Wir Jusos möchten den Rechtspopulist\*innen etwas entgegensetzen und daher mutig unser sozialdemokratisches Narrativ einer Europäischen Union nach Europa und in die Welt tragen.

Wir wissen: **Ein soziales, solidarisches, nachhaltiges und grenzenloses Europa ist die Antwort!**

Antragsteller: Jusos St. Pauli/Innenstadt

## 1 Maßnahmen zur besseren Durchsetzung von menschenrechtlichen 2 Sorgfaltspflichten von Unternehmen auf europäischer Ebene

3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den  
5 Landesparteitag der SPD Hamburg beschlossen:

### 8 **Forderung:**

9  
10 Die SPD-Abgeordneten im Europaparlament sollen darauf hinwirken, dass das Parlament in  
11 Anknüpfung an die CSR-Richtlinie (Jahr 2014) eine Richtlinie verabschiede, welche die EU-  
12 Mitgliedsstaaten verpflichtet,

- 13  
14 - Berichtspflichten für Unternehmen mit mehr als 500 Arbeitnehmer/innen zur Achtung  
15 der Menschenrechte, Bekämpfung von Korruption und Bestechung in deren  
16 Lieferketten /Tochterunternehmen einzuführen. Diese Berichtspflichten sollen  
17 einheitlichen rechtlichen Standards genügen;
- 18  
19 - Unternehmen mit mehr als 500 Arbeitnehmer/innen konkrete und rechtsverbindliche  
20 Vorgaben zu machen, wie sie durch Compliance-Maßnahmen negative Auswirkungen  
21 auf die Menschenrechte und auf die Umwelt in ihren Lieferketten und in ihren  
22 Tochterunternehmen im Ausland vorbeugen sollen;
- 23  
24 - bessere rechtliche Rahmenbedingungen für Opfer von Menschenrechtsverletzungen  
25 zu schaffen, um gegen menschenrechtliche Sorgfaltspflichtverstöße von Unternehmen  
26 gerichtlich vorgehen zu können. Gemeint sind, Reformen, mit denen die  
27 Mitgliedstaaten sowohl die formell- als auch materiell- rechtlichen Anforderungen an  
28 Schadensersatzklagen vor ihren eigenen Gerichten herabsetzen. Dazu gehören auch  
29 Regelungen, die den kollektiven Rechtsschutz für Betroffene stärken, etwa durch  
30 Einführung von Klagemöglichkeiten für NGOs ähnlich den Modellen für  
31 Umweltverbands- und Verbraucherverbandsklagen.

32  
33 Die SPD-Abgeordneten im Europaparlament sollen außerdem darauf hinwirken, dass das  
34 Parlament eine Verordnung verabschiede, welche vorsieht, dass Verstöße von Unternehmen  
35 gegen ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten mit öffentlich-rechtlichen Instituten (z.B.  
36 Bußgeldern) geahndet werden können.

### 40 **Begründung:**

41  
42 Europas Ziel muss es sein, sich für die Einhaltung menschenrechtlicher Standards auf der  
43 ganzen Welt einzusetzen. Dafür müssen die Arbeitsbedingungen ausgebeuteter  
44 Bevölkerungsgruppen erheblich verbessert und überwacht werden. Um dieses Ziel zu  
45 erreichen, ist der Druck auf Unternehmen, welche in Europa produzieren oder ihre Produkte  
46 anbieten und von Unternehmen aus Drittländern beliefert werden zu verstärken. Denn  
47 formelle und wohlklingende Absichtsbekundungen haben in der Vergangenheit nicht dazu  
48 geführt, dass die häufig korrupten Systeme ausreichend in die Verbesserung von  
49 Arbeitsbedingungen investieren.

50  
51 Menschenrechtskonforme Produktion muss sich lohnen. Es muss für internationale Konzerne  
52 lukrativ sein, unter angemessenen, das heißt menschenwürdigen, Standards produzieren zu

53 lassen. Aufgrund der großen Binnennachfrage in der EU haben große Unternehmen ein  
54 beachtliches Interesse daran, in Europa weiterhin Produkte anzubieten. Wie die ersten  
55 Erfahrungen mit der DGVO zeigen, sind globale Unternehmen bereit, sich an europäische  
56 Standards zu halten, um den Marktzugang zur EU nicht zu verlieren. Auf die gleiche Weise  
57 können wir Unternehmen dazu bringen, für die Einhaltung menschenrechtlicher  
58 Sorgfaltsstandards in ihren Lieferketten einzustehen und einem globalen „Race-to-the-  
59 Bottom“ Einhalt gebieten.

60

61 Der Antrag vereinigt zwei Anliegen:

62

63 Zum einen sollen Personen, die in Zulieferungsbetrieben von in Europa ansässigen  
64 Unternehmen, Opfer von Menschenrechtsverletzungen werden, auch in Europa klagen  
65 können und nicht auf Klagen am Schadensort, oft dem Heimatstaat, beschränkt sein. Sie  
66 sollen auch die Möglichkeit haben, diese vor den Gerichten europäischer Staaten gegen die  
67 Mutterkonzerne einzuklagen – dort, wo andere rechtsstaatliche Rahmenbedingungen  
68 gewährleistet sind und die Unternehmen eher finanziell dazu in der Lage sind, die Schäden zu  
69 ersetzen.

70

71 Der Status Quo gibt das noch nicht her. Exemplarisch ist hierfür die Rechtslage in  
72 Deutschland: Wegen der häufig fehlenden Zuständigkeit haben Klagen gegen deutsche  
73 Unternehmen aufgrund von Verfehlungen ihrer Tochterunternehmen oder Zulieferern in  
74 anderen Staaten vor deutschen Gerichten selten Aussicht auf Erfolg.

75 Vordergründig liegen die Ursachen dafür in rechtlicher Hinsicht im alteingesessenen  
76 Trennungsprinzip des deutschen Konzernrechts sowie in den Zuständigkeitsverteilungen des  
77 Internationalen Privatrechts: Konzernmütter haften grundsätzlich nicht für ihre Töchter. Unter  
78 welchen Voraussetzungen ein deutsches Unternehmen für seine Zulieferer in anderen  
79 Ländern haftet, ist kaum geklärt, die Beweislage meistens immens schwierig.

80

81 Eine europäische Regelung ist dabei deutlich effektiver als eine rein nationale. Dennoch muss  
82 den Mitgliedstaaten ein gewisser Ermessensspielraum bleiben, wie sie genau ihre  
83 prozessualen und materiell-rechtlichen Hürden herabsetzen wollen. Deshalb soll das  
84 Parlament eine Richtlinie verabschieden.

85

86 Das zweite Anliegen liegt darin, die Unternehmen durch ordnungspolitische Instrumente vor  
87 der Vernachlässigung ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in Form von Compliance-  
88 Maßnahmen abzuschrecken. Allein die verbesserten Klagemöglichkeiten der Opfer reichen  
89 nicht dafür aus, um Unternehmen nachhaltig dazu zu bewegen, in effektive Compliance-  
90 Systeme zu investieren und – aufgrund von höheren menschenrechtlichen Standards in ihren  
91 Lieferketten – höhere Produktionskosten auf sich zu nehmen. Erfahrungsgemäß handelt es  
92 sich bei Schadensersatzansprüchen nicht um Summen, die einen Konzern ins „Wanken“  
93 bringen können. Deutlich effektiver ist ein repressives Vorgehen von Ordnungsbehörden, die  
94 – angepasst an den Grad der Verfehlung – Geldbußen in empfindlicher Höhe gegen die  
95 Unternehmen verhängen können. Dieses generalpräventive Vorgehen soll sicherstellen, dass  
96 sich ein „Weiter-So“ für Unternehmen, die auf dem europäischen Markt tätig sind, nicht  
97 auszahlt.

98

99

# *II. Organisation*



1

2 **Bildungsprogramm 2019**

3

4 Die Jusos Hamburg haben beschlossen, ein öffentlich zugängliches Bildungsprogramm zu  
5 initiieren.

6

7

8

9 **Forderung:**

10

11 a. Im Zuge des Bildungsprogrammes sollen Seminar- und Workshopveranstaltungen  
12 angeboten werden. Die Zielsetzung des Programmes ist es, einen begleiteten und  
13 vielschichtigen Einstieg in komplexe politische Themen und Fragestellungen zu  
14 ermöglichen und zudem methodische Weiterbildung zu gewährleisten.

15

16 b. Die Seminarthemen werden durch den Landesvorstand in Absprache mit dem, der  
17 oder den Bildungsbeauftragten vorgegeben. Es sollen sowohl fachliche als auch  
18 methodische Seminare angeboten zu werden. Eine ausführliche und vielfältige  
19 Auseinandersetzung mit Themen kann durch eine Begrenzung der  
20 Teilnehmer\*innenzahl bei den jeweiligen Veranstaltungen ermöglicht werden.

21

22 c. Das Programm soll durch eine\*n vom Landesvorstand eingesetzte\*n  
23 Bildungsbeauftragte\*n- in enger Zusammenarbeit mit dem/der Juso-  
24 Landesgeschäftsführer\*in - betreut werden. Die Aufgaben des/der  
25 Bildungsbeauftragten sind die Gestaltung, Organisation, Abwicklung, Begleitung und  
26 teilweise auch Durchführung der Veranstaltungen. Dieses politische Amt soll bei einer  
27 künftigen Satzungsänderung berücksichtigt werden.

28

29

30

31

32 **Begründung:**

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

Eine der Kernaufgaben der Jusos ist es nicht nur die Interessen junger Menschen politisch zu  
vertreten, sondern auch junge Menschen für politisches Engagement zu gewinnen.Als politischer Jugendverband sollten die Jusos Hamburg daher auch als Träger politischer  
Bildung in Erscheinung treten. Viele politische Themen und Fragestellungen sind komplex und  
der Einstieg in diese ist oft langatmig. Selbst vielen jungen politisch aktiven Menschen fehlt  
die Zeit und die Motivation, sich in neue Sachverhalte einzuarbeiten.Politische Bildung ist heute jedoch wichtiger denn je. Die Fähigkeit, politische  
Zusammenhänge und Abläufe in unserem System zu verstehen, ist die Grundlage für  
Engagement und wirkt Desinteresse, Vorurteilen und Populismus vor. Einer allgemeinen  
Politikverdrossenheit muss mit vielfältigen und niedrigschwelligen Angeboten der politischen  
Bildung entgegengetreten werden.Ein Bildungsprogramm mit öffentlich zugänglichen Veranstaltungen kann junge Menschen  
dazu motivieren, sich in unserer Demokratie zurecht zu finden und einzubringen.  
Durch das thematisch weitgefächerte Bildungsangebot machen wir Menschen innerhalb und  
außerhalb unserer Partei fit für den politischen Diskurs und können nebenbei unsere Werte  
und Standpunkte vermitteln und fachlich kompetent ausarbeiten.Um sich von den bereits vielfältigen Angeboten der Hamburger Juso-Gruppen und -Kreise  
abzuheben, sollen sich die Veranstaltungen des Bildungsprogrammes durch eine besondere

53 Methodenvielfalt und Betreuung auszeichnen. Gruppen mit beschränkter  
54 Teilnehmer\*innenzahl sind nötig, um einen individuellen Bildungserfolg möglich zu machen  
55 und didaktisch auf alle Teilnehmer\*innen eingehen zu können. Bei den Workshops/Seminaren  
56 mit beschränkter Teilnehmer\*innenzahl erfolgt die Auswahl nach dem Zeitpunkt der  
57 Anmeldung. Bei ausreichender Bewerber\*innenzahl müssen die Teilnehmer\*innenplätzen zzl.  
58 paritätisch nach Geschlechtern verteilt werden. Bei Seminaren, deren Themen von einem  
59 Arbeitskreis der Jusos HH bearbeitet werden, sind die Arbeitskreisleitungen einzubinden.

60

61

62 Um die Regelmäßigkeit und Qualität der Veranstaltungen zu garantieren, ist es notwendig und  
63 sinnvoll, die Verantwortlichkeit für das Bildungsangebot zentral einer zuständigen Person zu  
64 übertragen. Dazu wird die politische Position des Bildungsbeauftragten neu geschaffen. Die  
65 Gestaltung, Organisation, Abwicklung, Begleitung und teilweise auch Durchführung der  
66 Veranstaltungen obliegen dieser Person. Bei positiven Teilnehmer\*innenzahlen soll es möglich  
67 sein, Veranstaltungen zu wiederholen und auf einen Pool an bereits bearbeiteten Themen  
68 zurückzugreifen.

69

70

71 Für das Jahr 2019 sind folgende Themen möglich:

72

73

74 I. Müllberge & Plastikinseln - Recycling als Lösung?

75

76 Der Konsum der deutschen Bevölkerung steigt stetig an und - trotz wachsendem  
77 Umweltbewusstseins - auch die Berge an Verpackungsmüll. Dass dieser Müll nicht nur für die  
78 lokalen Entsorgungsinstitute zum Problem werden kann, sondern der Natur rund um den  
79 Globus schadet, ist spätestens seit der zunehmenden Verschmutzung der Meere durch  
80 Plastik fast allen bekannt. Doch welche Lösungen gibt es für diese Probleme? Was können  
81 einzelne Personen unternehmen und welche politischen Ansätze gibt es?

82

83 Um das Herausfinden wollen wir das Thema mit wissenschaftlichen Referent\*innen  
84 beleuchten und gemeinsam mit jungen Menschen diskutieren, wie wir in der Zukunft ein  
85 nachhaltiges Leben in Hamburg ermöglichen

86

87

88 II. Arbeitskampf 2.0 – Das Arbeitsrecht der Zukunft?

89

90 Die Digitalisierung schreitet immer weiter voran. Doch dabei bringt sie nicht nur eine  
91 Entlastung des Einzelnen. Sie kann auch Menschen den Arbeitsplatz kosten, feste  
92 Arbeitszeiten, durch das mobile Arbeiten, verwischen lassen und den Druck auf  
93 Arbeitnehmer\*innen massiv erhöhen.

94

95 An die digitale Veränderung der Arbeitswelt muss sich das Arbeitsrecht und dessen  
96 Durchsetzungsfähigkeit anpassen. Wie können Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände  
97 diesen Prozess gestalten und mit der Herausforderung der Zukunft umgehen? Und wie wird  
98 der Arbeitskampf der Zukunft aussehen?

99

100 Diese Fragen werden wir in einem öffentlichen Tagesseminar gemeinsam mit Gewerkschaften  
101 und Expertinnen in Sachen Arbeitsrecht und Betriebsverfassungsrecht nachgehen.

102

103

104 III. Barriere (oder) Freiheit in Hamburg?!

105

106 Der öffentliche Nahverkehr startete vor einiger Zeit seine Offensive für barrierefreie Bahnhöfe,  
107 in den Bezirksversammlungen Hamburgs wird viel über abgeflachte Bordsteine gesprochen

108 und doch ist der Weg hin zum inklusiven, barrierefreien Bauen ein langer. Um die  
109 Lebenswirklichkeit von Menschen mit Gehbehinderung besser verstehen zu können, wird ein  
110 ganztägiger Workshop mit interaktiver Stadtteil- und Gehwegbesichtigung stattfinden, bei dem  
111 Jugendliche aus ganz Hamburg im Rahmen dieser öffentlichen Veranstaltung u.a. mit  
112 Rollstühlen die Stadt erkunden. In das Seminar werden auch Aktivist\*innen mit  
113 Behinderungen ihre Meinung und Erfahrung einbringen. Des Weiteren soll über den Begriff  
114 der „Behinderung“ nachgedacht werden.

115

116

117 IV. Von der Gurkenkrümmung bis zur Außengrenze - Wie funktioniert die EU?

118

119 Das geeinte Europa ist für viele junge Europäer\*innen gelebter Alltag und damit auf der einen  
120 Seite selbstverständlich, auf der anderen Seite ist die EU aber auch komplex und für viele  
121 unverständlich. Dieses wichtige und erfolgreiche Friedensprojekt ist auch Herzstück unserer  
122 modernen demokratischen Kultur und Garant für funktionierende internationale  
123 Zusammenarbeit. Deshalb ist das Verständnis der europäischen Institutionen unerlässlich.  
124 Die Funktionsweise und Strukturen der Europäischen Union, sowie ihrer Institutionen soll in  
125 diesem Seminar ausgiebig betrachtet werden. Die Arbeitsweise der EU soll anhand von Case-  
126 Studies und Expert\*innen vermittelt werden.

127

128

129 V. AfD, Pegida und die anderen – Rechtsruck in Deutschland

130

131 Die aktuelle politische Lage in Deutschland wird gerne mit dem Anfang der Niedergangsphase  
132 der Weimarer Republik verglichen. Der Machtergreifung der nationalsozialistischen Diktatur  
133 1933 ging ein langer und andauernder Prozess voraus. Eine Radikalisierung politischer  
134 Ränder, eine völkische Legendenbildung und Querfrontstrukturen etablierten sich über Jahre  
135 hinweg. Doch wie genau sehen diese Parallelen im Einzelnen aus und was können wir aus  
136 der Geschichte lernen? Wie schätzen Historiker die Gesamtlage ein und gibt es den  
137 „klassischen“ Rechtsruck in Deutschland? Gemeinsam mit Jugendlichen aus ganz Hamburg  
138 soll im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung ein Tagesseminar mit wissenschaftlichen  
139 Referenten sich diesem Thema widmen und zum Diskurs anregen.

140

141

142 VI. 100 Jahre Frauenwahlrecht- Feminismus und Gleichstellung Heute

143

144 2019 feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht! Doch hat sich in dieser Zeit so viel getan, wie es  
145 zu erwarten ist? Gender Pay Gap, erstarkende Vorurteile und zu wenig weibliche Mitglieder in  
146 unseren Parlamenten und wirtschaftlichen Führungsetagen zeigen auf, dass das Thema  
147 Feminismus und Gleichstellung der Geschlechter noch lange nicht abgeschlossen ist.  
148 Deshalb wollen wir uns in diesem eintägigen Seminar mit den Grundlagen des feministischen  
149 Diskurses und Gleichstellungspolitischen Ansätze beschäftigen. Wir wollen erarbeiten wie  
150 genau sich Feminismus und Gleichstellungsbewegung entwickelt haben und welche  
151 Herausforderungen in der Zukunft noch gemeistert werden müssen.

152

153

154 VII. Wachstum Baby! – Grundlagen der Wirtschaftspolitik

155

156 Made in Germany – Deutschland ist Exportmeister und Industrienation. Egal ob Marschallplan  
157 oder Autoindustrie, die Geschichte des modernen Deutschlands ist geprägt durch seine  
158 Wirtschaft. Häufig sind es wirtschaftspolitische Faktoren, die weitreichende Folgen haben und  
159 am Ende politische Entscheidungen beeinflussen. Doch wieso ist die Wirtschaft uns  
160 Deutschen so wichtig und was sind die Grundelemente und Faktoren von modernen  
161 Wirtschaftssystemen? Um die Agendapolitik, den Arbeitsmarkt, die Zinspolitik oder den

162 Außenhandel der EU besser zu verstehen, wollen wir gemeinsam mit Dozent\*innen diese  
163 Fragen klären. Dabei sollen Ideen und Kernelemente der Wirtschaftswissenschaften - aber  
164 auch deren kritische Betrachtung - im Vordergrund stehen.

165

166

167

168 VIII. Politisch Reden – Rhetorische Grundlagen für alle

169

170 Auch die beste politische Bildungsarbeit muss oft mündlich vermittelt werden können. Im  
171 gesellschaftlichen Leben junger Menschen spielt auch in Zeiten des Smartphones das  
172 gesprochene Wort eine große Rolle - ob bei der Arbeit, in der Schule, in der Uni oder eben in  
173 der Politik: Rhetorik hilft in allen Lebenslagen. Doch nicht nur das Anwenden von rhetorischen  
174 Mitteln soll hier im Fokus stehen, sondern auch das Erkennen und Verstehen der solchen.  
175 Wer die Rhetorik eines Donald Trump oder einer Marine LePen versteht, der wird ihnen nicht  
176 so schnell auf den Leim gehen, sondern besitzt auch die Fähigkeit hinter die Fassade aus  
177 Stimme, Mimik und Gestik zusehen. Gemeinsam mit professionellen Rhetoriktrainern werden  
178 wir deshalb ein solches Seminar gestalten und durchführen.

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193



# *III. Inneres*



AntragstellerIn: Bergedorf, Kreis Wandsbek

## 1 Innenpolitik neu ausrichten

2  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den  
4 Landesparteitag der SPD Hamburg beschlossen:

### 7 **Forderung:**

#### 9 I. Grundsätzliches

10  
11 Eine sozialdemokratische Innenpolitik zeichnet sich durch das Ziel aus, eine  
12 gewaltfreie Gesellschaft anzustreben. Um dieses Ziel zu erreichen ist ein staatliches  
13 Gewaltmonopol notwendig, das sowohl Sicherheit als auch Freiheit garantiert.

- 15 • Wir lehnen grundsätzlich Gewalt als **Mittel der politischen**  
16 **Auseinandersetzung** ab und treten dieser entschieden entgegen.
- 17  
18 • Um einen **gewaltfreien politischen Konsens** sicherzustellen, sollten  
19 politische Gruppierungen, die diesen Konsens teilen, unterstützt werden.  
20 Die Unterstützung kann auch Teil des Ansatzes sein, den Einfluss  
21 gewaltorientierter Gruppen mit allen rechtsstaatlichen Mittel weiter  
22 zurückzudrängen.
- 23  
24 • Zwischen staatlichen Institutionen und Teilen der linken Szene existieren  
25 Gräben, die eine **vertrauensvolle Zusammenarbeit** verhindern. Es ist  
26 eine Aufgabe der SPD, als linke Volkspartei, und einem gewaltfreien Dialog  
27 zwischen den jeweiligen Gruppen aufgeschlossen gegenüber zu stellen.

#### 29 II. Polizeistrategien verbessern

30  
31 Die Hamburger Linie ist auf ihre Vereinbarkeit mit einer demonstrationsfreundlichen  
32 und deeskalierenden Polizeiarbeit zu prüfen. Es ist wesentlich, dass die Einsatzkräfte  
33 über angemessene Handlungsspielräume verfügen, damit diese gleichermaßen  
34 Sicherheit und Bürger\*innenrechte vor Ort garantieren können.

##### 36 a) Durchführung von Einsätzen:

- 37 • Bei Großeinsätzen ist die aktuelle Lage häufig unübersichtlich – für  
38 Einsatzkräfte wie für Demonstrierende. Dabei lassen sich viele Konflikte  
39 durch **Kommunikations- und Mediationsteams** lösen, deren Einsatz ein  
40 Grundbaustein jeder Einsatzplanung sein muss.
- 41 • Die **Wahl der Kommunikationsmittel** muss immer der Situation  
42 angemessen sein, insbesondere vor dem Hintergrund der Wirkung auf  
43 Demonstrierende (z.B. sollten Lautsprecherwagen für Durchsagen  
44 verwendet werden statt Wasserwerfer).
- 45 • Deshalb muss in den **polizeilichen Einsatzstäben** neben  
46 polizeifachlichem Wissen auch soziologische und psychologische Expertise  
47 berücksichtigt werden.

#### b) *Transparenz und Dokumentation bei Einsätzen*

- Der Einsatz von **Body-Cams** und Videoüberwachung kann bei Einsätzen einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention und Aufklärung von Straftaten leisten, wenn sie datenschutzrechtlich angemessen angewendet werden. Hierzu muss zeitnah eine rechtliche Grundlage entwickelt werden.
- Für die Aufklärung von Straftaten sind **schriftlichen Dokumentationen** von Polizist\*innen im Einsatz ein wichtiges Beweismittel. Diese Berichte müssen, wie bereits durch Dienstverordnungen sichergestellt, zeitnah nach Einsatzende erfolgen. Es liegt in der Verantwortung der Vorgesetzten dies sicherzustellen. Wenn dies nicht erfolgt, muss eine Einstandspflicht der Vorgesetzten für diese Dokumentationsobliegenheit durchgesetzt werden.

#### c) *Vermittlung der Polizeiarbeit in der Zivilgesellschaft*

- Die Vermittlung der Polizeiarbeit in die Zivilgesellschaft spielt eine Schlüsselrolle für eine erfolgreiche Polizeiarbeit. Es ist zu prüfen, wie die Vermittlung durch die Gewinnung von **Sicherheitspartner\*innen** in Form von Vertrauenspersonen (z.B. Teams aus Polizist\*innen und Aktivist\*innen) verbessert werden kann.
- Auf Demonstrationen sollte die Polizei mehr als nur eine\*n Ansprechpartner\*in haben (in der Regel die\*der Anmelder\*in). Für einen reibungslosen Ablauf ist eine **Vielzahl von belastbaren Gesprächskanälen** unabdingbar.
- Ein Ansatz Gesprächskanäle zu gewinnen, kann die **offenen Szenearbeit**, nach dem Vorbild von Fanprojekte in der Fußball-Ultraszene, sein. Es ist zu prüfen, inwieweit Erkenntnisse und Ansätze übertragbar sind.
- Im medialen Zeitalter ist eine umfassende und zeitnahe **Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit** unabdingbar. Ein Vorbild für die staatliche Kommunikation, können die Twitter-Aktivität der Polizei Hamburg sein.

### III. Versammlungsrecht Hamburg

Ein Hamburgisches Versammlungsrecht bietet eine Chance mehr Raum für Deeskalation zu schaffen. Als Grundlage dafür sollte der Musterentwurf für ein Landesversammlungsgesetz von u.a. Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem (Justizsenator a.D.) und die bisherige Arbeit des AK Versammlungsrecht der SPD dienen.

In das Gesetzgebungsverfahren sollen folgende Punkte einfließen:

- a. Der Vorschlag Boris Pistorius' (Innenminister Niedersachsen) zur Umwandlung des **Vermummungsverbots** von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit sollte unterstützt werden: So sind diese in Niedersachsen und Schleswig-Holstein Ordnungswidrigkeiten, die im Gegensatz zu Straftaten nicht zwingend geahndet werden müssen. Das gibt der Polizei mehr Handlungsspielraum, sodass diese ggf. Eskalationen vermeiden kann. Bagatellisiert wird das Vermummten dadurch nicht: je nach Umstand soll in Hamburg ein Bußgeld von bis zu 6.000 Euro gesetzlich festgelegt werden.
- b. Im Zuge der Regulierung muss die Übertragung der **Zuständigkeit für Versammlungen** von der Polizei auf die Innen- oder Justizbehörde geprüft werden. Durch die Trennung von Anmeldung und Sicherstellung des

- 100 Versammlungsrechts, wie in zahlreichen Bundesländern üblich, ist eine  
101 bessere Kontrolle im Sinne von Checks and Balance zwischen den beiden  
102 Behörden möglich.
- 103 c. Die Versammlungsbehörde hat eine **neutrale, staatliche**  
104 **Demonstrationsbeobachtung** und die Dokumentation von  
105 Unregelmäßigkeiten sicherzustellen.
- 106 d. In einer globalisierten Welt sind **Protest-Camps** Teil einer globalisierten  
107 Protestkultur. Es müssen differenzierte Strategien entwickelt werden, um mit  
108 dieser neuen Realität angemessen umzugehen. Ein einfaches Verbot greift zu  
109 kurz.

#### 110

#### 111 IV. Bedingungen für Polizist\*innen verbessern

#### 112

113 Kern einer guten Polizeiarbeit sind eine gute Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen  
114 der Beamt\*innen.



- 115
- 116 a. Wir fordern eine **Einheitsausbildung** aller Sparten (z.B. Kripo,  
117 Wasserschutzpolizei). Im Anschluss führen alle ein Jahr zusammen  
118 Straßendienst. Erst danach erfolgt eine Spartenspezialisierung. Dabei soll es  
119 für Bereiche in denen die vorgenannten Punkte nicht sinnvoll umsetzbar sind  
120 (z.B. CyberKriminalität) Ausnahmeregelungen geben.
- 121 b. Bei Großeinsätzen hat die Innenbehörde Sorge zu tragen, dass die  
122 Unterbringungsmöglichkeiten und **Einsatzbedingungen der Polizist\*innen**  
123 deutlich verbessert werden. Hunderttausende geleistete Überstunden und  
124 Einsätze, die unter akutem Schlafmangel geleistet werden, tragen nicht zur  
125 Deeskalation bei.
- 126 c. Es muss sichergestellt sein, dass im Zuge einer **Verkürzung für**  
127 **vorqualifizierte Bewerber\*innen** (z.B. Soldat\*innen) keine Kürzungen in den  
128 allgemeinbildenden Fächern (insbesondere Deutsch, Englisch und  
129 Politik/Verfassungsrecht), den Rechtsfächern und Lehreinheiten zur  
130 Kommunikation und Deeskalation erfolgt. Ein gleiches Niveau zur  
131 Regelausbildungszeit muss gewährleistet sein.
- 132 d. Um unseren hohen Anforderungen an das Berufsbild der Polizist\*innen gerecht  
133 zu werden, fordern wir einen **Berufseinstieg in Laufbahnabschnitt II**  
134 **(Einstiegsamt A9)**. Es wird sichergestellt, dass auch Menschen ohne  
135 Hochschulzugangsberechtigung, durch eine Nachqualifizierung an der  
136 Polizeiakademie, eine Ausbildung bei der Polizei absolvieren können.
- 137 e. Bei Großeinsätzen ist sicherzustellen, dass möglichst erfahrene  
138 Polizist\*inneneingesetzt werden und **Einsatzgruppen** angemessen aus  
139 erfahrenen und unerfahrenen Polizist\*innen gemischt sind.
- 140 f. Polizeibeamt\*innen erhalten Zulagen, die ihren Einsatz honorieren. Das  
141 **Zulagensystem** muss so angepasst werden, dass gefährliche Einsätze  
142 besonders honoriert werden.

#### 143

#### 144 V. Schaffung eines/einer „Bürger- und Polizeibeauftragten“

#### 145

146 Für eine erfolgreiche Polizeiarbeit im Sinne der Bürger\*innen sollte geprüft werden,  
147 eine\*n **„Bürger-und Polizeibeauftragten“** nach dem Vorbild von u.a. Rheinland-Pfalz,  
148 Berlin, Schleswig-Holstein, NRW oder Hessen einzuführen. Diese\*r soll der  
149 Hamburgischen Bürgerschaft zugeordnet sein und zum einen – ähnlich der  
150 Aufgabenbeschreibung des bzw. der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages



151 – eine unabhängige Anlaufstelle für Polizist\*innen sein, die Mängel etwa in der  
152 personellen und materiellen Ausstattung oder in Ausbildung und täglichem Dienst,  
153 aber auch Fehler in Ermittlungsverfahren, rechtswidrige Dienstanweisungen etc.  
154 anzeigen wollen. Zum anderen sollen die Polizeibeauftragten auch Anlaufstelle für  
155 Bürger\*innen sein, um polizeiliche Ermittlungsfehler bis hin zu Fällen polizeilichen  
156 Fehlverhaltens im Einsatz vorzubringen

157

158

159 **Begründung:**

160

161 Erfolgt mündlich.

# *IV. Soziales*



## 1 **Tarifverträge auch für studentische Beschäftigte**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat beschlossen und an den SPD-  
4 Landesparteitag zum Beschluss weitergeleitet:

5

### 6 **Forderung:**

7

8 Die SPD Hamburg solidarisiert sich mit der Forderung der studentischen Beschäftigten  
9 (studentische Hilfskräfte und Tutor\*innen) der Hamburger Hochschulen nach einem Tarifvertrag  
10 für studentische Beschäftigte (orientiert am TV Stud (III) Berlin) und wirkt auf den Senat ein, mit  
11 den Gewerkschaften ver.di und GEW Hamburg in Tarifverhandlungen zu treten. Konkret  
12 gehören zu den Forderungen:

- 13 • Eine Vergütung von mindestens 12,00 € die Stunde
- 14 • Eine Mindestfrist der Arbeitsverträge von 24 Monaten
- 15 • Einbeziehung der studentischen Beschäftigten in die Bemessungszahlen und den  
16 Tätigkeitsbereich des Personalrates

17

18

### 19 **Begründung:**

20 Studentische Hilfskräfte und Tutor\*innen fallen derzeit unter keine tarifvertraglichen  
21 Regelungen. Wie eine Befragung der DGB Jugend / DGB Hochschulgruppe im Jahr 2017/18  
22 unter studentischen Beschäftigten zeigte, gibt es einige Baustellen in der arbeitsrechtlichen  
23 Absicherung dieser Beschäftigtengruppe. Sowohl Urlaub als auch Lohnfortzahlung im  
24 Krankheitsfall finden teilweise keine Anwendung. Die Vergütung ist unserer Ansicht nach zu  
25 gering und die Befristung vieler Verträge auf wenige Monate setzt die Beschäftigten unter Druck  
26 und erschwert eine konsequente Fokussierung auf das Studium an sich. In Anbetracht der  
27 Tatsache, dass in Hamburg ca. 70 Prozent der Studierenden dazu gezwungen sind, ihr Studium  
28 durch Nebentätigkeiten zu finanzieren, ist es dringend notwendig, dass die Unsicherheit über  
29 die persönliche Lebenslage verringert wird. Durch kurze Arbeitsvertragslaufzeiten und den  
30 damit einhergehenden hohen psychologischen Druck wird Studierenden beim Vorankommen  
31 im Studium das Leben schwer gemacht. Das Problem der Studienfinanzierung geht sicher über  
32 studentische Beschäftigung an den Hochschulen hinaus. Verbesserte Arbeitsbedingungen in  
33 diesem Bereich wären jedoch bereits ein großer Schritt für die Studierenden und damit auch für  
34 den Wissenschaftsstandort Hamburg. Studierende sind vollwertige Arbeitnehmer\*innen, die  
35 einen Anspruch auf einen angemessenen Lohn haben. Ferner sollten sie auch als Personal  
36 und nicht als Sachmittel abgerechnet werden.

## 1 Hartz 4.0 - Freibeträge erhöhen

2  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den  
4 Bundeskongress der Jusos in der SPD beschlossen:

### 7 **Forderung:**

8  
9 Wir fordern eine Anhebung des Freibetrags von Personen, die in einer ALG II-  
10 Bedarfsgemeinschaft leben auf Höhe des Minijob-Niveaus (d.h. 450 € pro Person). Wir  
11 fordern, dass darüber hinaus Einkommen von Kindern, die in Hartz IV Bedarfsgemeinschaften  
12 leben, bis zur Höhe des Existenzminimums nicht mehr auf die Hartz IV Sätze der  
13 Erziehungsberechtigten angerechnet wird. Darüber hinaus sollen Aufwandsentschädigungen  
14 nicht mehr als Einkommen auf die Bezüge eingerechnet werden.

### 17 **Begründung:**

18  
19 Bezieher\*innen von Hartz IV haben das Recht, wie jeder andere Mensch auch eine  
20 geringfügige Beschäftigung auszuüben. Hierfür richtet der Gesetzgeber ihnen einen  
21 Freibetrag von 100€ ein - sämtliche Verdienste die hierüber hinaus gehen, werden zu 80%  
22 von den Bezügen aus Hartz IV abgezogen. Dies gilt nicht nur für den eigentlichen Bezieher,  
23 sondern auch für Menschen, die in einer Bedarfsgemeinschaft leben.

24  
25 Eine Bedarfsgemeinschaft liegt vor, wenn mehrere Menschen zusammen in einem Haushalt  
26 leben und in diesem wirtschaftlich zusammen gehören. Beispiele sind etwa Ehepartner\*innen,  
27 aber auch Eltern und Kinder.

28  
29 Für die Hartz IV-Bezüge werden nicht einzelne Menschen betrachtet, sondern  
30 Bedarfsgemeinschaften. Wer Kinder hat, bekommt so etwa höhere Bezüge. Umgekehrt  
31 verhält es sich wenn Ehepartner\*innen zusammen leben - verdient eine\* Partner\*in relativ viel  
32 Geld, kann die\* andere kein Hartz IV beziehen - es wird erwartet, dass die Ehepartner\*innen  
33 auch finanziell für einander einstehen.

34  
35 Auch Menschen, die nicht direkt Hartz IV beziehen, sondern Mitglieder der  
36 Bedarfsgemeinschaft sind, steht ein Freibetrag von 100 € zu. Verdient diese Person nun mehr  
37 Geld, wird das Einkommen über dem Freibetrag zu 80 % auf die Hartz IV Bezüge  
38 angerechnet, liegt dieser Zusatzverdienst über 1000€ ist der Anrechnungssatz 90%. Das gilt  
39 nicht nur für Verdienste aus Arbeit, sondern auch für einige andere Sozialleistungen, wie  
40 Bafög.

41  
42 Ein/Eine Langzeitarbeitslose beschließt einen Minijob anzunehmen, um das eigene  
43 Einkommen zu verbessern, der in der Perspektive diese Stelle auf einen Midijob oder eine  
44 Vollzeitstelle mittelfristig aufzustocken. Verdient diese Person mehr als 100€ schrumpft der  
45 effektive Stundenlohn stark, da ja nur 20% des zusätzlichen Verdienst im Portemonnaie  
46 ankommen. Bei einem Stundensatz, der bei einem anderen Arbeitnehmer zu einem Verdienst  
47 von 450€ führen würde, verdient ein/eine Hartz IV-Empfänger\*in nur 170€.

48  
49 Bildungsförderung ist Arbeitsförderung. Bafög ist eine Maßnahme, mit der auch Menschen  
50 aus sozial schwachen Mileus eine Ausbildung oder ein Studium ermöglicht wird. Wohnen  
51 Kinder in Hartz-IV Haushalten werden die Bafög-Bezüge auf die Bedarfsgemeinschaft  
52 angerechnet - auch hier gilt ein Freibetrag von 100€. 80% des darüberliegenden Einkommen



53 wird von den Hartz-IV-Bezügen abgezogen. Es bleiben, je nach Höhe des Bafög etwa 150€.  
54 Hiervon sind alle Kosten der Ausbildung bzw. des Studiums zu tragen. Es profitieren also  
55 grade Menschen aus Hartz IV-Haushalten besonders wenig von Bafög. Gleichzeitig ist das  
56 Bafög in Teilen rückzahlungspflichtig - hierdurch werden diese Bezieher doppelt belastet.

57

58 Kinder haben die Möglichkeit einen Ferienjob oder einen Nebenjob anzunehmen um ihr  
59 Taschengeld zu verbessern. Gerade Eltern, die Hartz IV beziehen haben oft keinen  
60 finanziellen Spielraum um ihren Kindern ein Taschengeld zu geben. Versucht nun ein Kind,  
61 dessen Eltern Hartz-IV beziehen, sein Taschengeld selbst zu verdienen, wird auch dieser  
62 Verdienst auf die Bedarfsgemeinschaft angerechnet, in der Konsequenz werden die Hartz IV-  
63 Bezüge gekürzt. Dieses Kind wird effektiv 80% weniger verdienen als seine Altersgenossen.

64

65 Problematisch ist die Tatsache, das die Freibeträge, die der Gesetzgeber bisher einräumt  
66 schon bei einem sehr geringen Monatseinkommen von nur 100€ überschritten werden, und  
67 einige Sozial- bzw. Förderungsleistungen hiervon nicht ausgenommen sind. Gleichzeitig  
68 werden gerade jene Hartz IV-Bezieher\*innen, die eine Anstellung wahrnehmen durch diese  
69 Regelung sanktioniert.

70 Das langfristige Ziel kann nicht sein, Hartz IV-Empfänger\*innen durch einen Minijob einen  
71 höheren Lebensstandard zu ermöglichen, sondern sollte die reguläre  
72 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sein. Das Potential eines Minijobs, den Weg zu  
73 einer solchen Beschäftigung zu finden sollte aber hier auch nicht unterschätzt werden.

74

75 Vor diesen Hintergründen fordern wir, die Freibeträge für Zusatzverdienste zum ALG II für  
76 Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft auf das Niveau einer geringfügigen Beschäftigung, d.h.  
77 450€ zu erhöhen. Hierdurch wird gewährleistet, dass Sozialleistungen wie Bafög nicht  
78 größtenteils anrechnungsfähig sind - Ausbildung und Studium werden attraktiver und die  
79 Leistungen erreichen diejenigen, die diese besonders benötigen. Werden höhere Beträge aus  
80 anderen Leistungen erhalten und diese Grenze überschritten, bleiben diese anrechnungsfähig  
81 - so bleibt es finanziell attraktiv, den Weg in eine Festanstellung zu finden. Zusätzlich führt  
82 dies dazu, dass Kinder, wenn sie sich ein Taschengeld hinzuverdienen, nicht die Bezüge ihrer  
83 Eltern reduzieren. Gerade die ersten Erfahrungen im Arbeitsleben sollten nicht durch die  
84 Behörden bestraft werden.

Antragsteller: Kreisverband I, Hamburg-Mitte

1 **Hamburgisches Kinder-und-Jugend-Mitwirkungsgesetz**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den  
4 Landesparteitag der SPD Hamburg Folgendes beschlossen:

5

6

7 **Forderung:**

8

9 Wir fordern den Senat und die Bürgerschaftsfraktion der SPD Hamburg auf, darauf  
10 hinzuwirken, dass ein Hamburgisches Kinder- und Jugendmitwirkungsgesetz in Anlehnung an  
11 das Hamburgische Seniorenmitwirkungsgesetz vom 30. Oktober 2012 formuliert und  
12 verabschiedet wird. Eine entsprechende Finanzierung ist den Bezirken durch die zuständige  
13 Behörde zur Verfügung zu stellen.

14

15

16 **Begründung:**

17

18 Ziel des Gesetzes soll es sein, die aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am  
19 sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu fördern, die  
20 Mitwirkungsrechte der Kinder und Jugendlichen in Hamburg zu stärken, ihre Erfahrungen und  
21 Fähigkeiten einzubeziehen, die Beziehungen zwischen den Generationen zu verbessern, das  
22 Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen in Würde und ohne Diskriminierung zu  
23 unterstützen, jungen Menschen jeder geschlechtlichen Identität und jeder sexuellen  
24 Orientierung gleiche Teilhabe und Anerkennung zukommen zu lassen und eine aktive  
25 Mitbestimmung bei der Vertretung ihrer Interessen zu ermöglichen. Dieses Ziel ist durch alle  
26 Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg unter aktiver Eigenbeteiligung der Hamburger  
27 Kinder und Jugendlichen zu fördern. Im Gesetz sollen auch die Bildung von Kinder-und-  
28 Jugend-Delegiertenversammlungen und -beiräten auf Bezirksebene sowie die Bildung eines  
29 Landes-Kinder-und-Jugendbeirats festgeschrieben werden.

# *V. Gleichstellung*



AntragstellerIn: Jusos NLS

1 **Werbeoffensive für Antidiskriminierungsstelle des Bundes**

2

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den  
5 Landesparteitag der SPD zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD  
6 beschlossen:

7

8

9 **Forderung:**

10

11 Die Bundesregierung wird aufgefordert der Antidiskriminierungsstelle des Bundes so  
12 viel Mittel zur Verfügung zu stellen, dass diese eine Werbeoffensive für sich  
13 durchführen kann.

14

15

16 **Begründung:**

17

18

19 Diskriminierung jeglicher Art ist ein Kernproblem in unserer Gesellschaft. Laut einer  
20 Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes aus dem Jahre 2016 gaben 31,4 %  
21 der Menschen in Deutschland an Diskriminierung erlebt zu haben. Die Studie bezog  
22 sich auf die letzten 2 Jahre und ihr Gegenstand war Diskriminierung bezüglich Alter,  
23 Behinderung, ethnische Herkunft, Geschlecht, Religion/Weltanschauung und sexuelle  
24 Identität. Wenn gesetzlich nicht geschützte Merkmale wie soziale Herkunft zugezählt  
25 werden, liegt die Quote bei 35,6%. Gemäß der Studie gaben 59,6 % der Betroffenen  
26 an etwas unternommen zu haben und nur 17.1% haben sich beschwert, lediglich  
27 6,2% Klage eingereicht. Viele Menschen wissen mithin nicht, dass sie gegen  
28 Diskriminierung vorgehen können. Daher ist es unsere Aufgabe das gesellschaftliche  
29 Bewusstsein dafür zu stärken, dass Diskriminierung nirgendwo toleriert oder  
30 akzeptiert werden darf und es viele Möglichkeiten gibt sich zur Wehr zu setzen.

31

# *VI. Gesundheit*



AntragstellerIn: Jusos Billstedt

## 1 **Verbesserte Hilfe für Schwerstabhängige – Vereinfachte** 2 **Verschreibung von Diamorphin gem. § 5a BtMVV**

3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD  
5 Landesparteitag und -durch den Landesparteitag der SPD- zur Weiterleitung an den SPD  
6 Bundesparteitag beschlossen:

### 7 8 **Forderung:**

9  
10 Wir fordern die Änderung des §5a BtMVV dahingehend, dass eine Verschreibung von  
11 Diamorphin als Substitut bereits unter geringeren Anforderungen und Auflagen möglich ist.  
12 Konkret soll eine Absenkung des Mindestalters von 23 auf 18 erfolgen, sowie ein  
13 Beschränken der „Mindestsuchtkarriere“ auf drei Jahre. Außerdem soll der Nachweis von 2  
14 gescheiterten Therapien, von denen mindestens eine eine sechsmonatige Behandlung nach  
15 §5 BtMVV sein muss, abgeschafft werden.

16  
17 Darüber hinaus fordern wir, dass die Zuständigkeit für die Regulierung der  
18 Diamorphinsubstitution der Bundesärztekammer übertragen und durch eine Änderung der  
19 BtMVV in deren Richtlinien integriert wird.

### 20 21 **Begründung:**

22  
23 Diamorphin hat sich als äußerst wirksames Medikament zur Behandlung von  
24 Heroinabhängigkeit erwiesen.

25 So fand unter Aufsicht der Bundesopiumstelle 2002–2006 ein Modellprojekt statt, welches die  
26 Vorteile von Diamorphin als Substitut aufzeigte.

27 Die Ergebnisse wurden im März 2006 vorgelegt: Der Gesundheitszustand der etwa 500 mit  
28 Diamorphin (Heroin) Substituierten war deutlich besser als in der mit Methadon substituierten  
29 Vergleichsgruppe, illegaler Beikonsum und Beschaffungskriminalität waren geringer.

30  
31 Die hohen Auflagen für eine Verschreibung machen es Ärzten jedoch häufig unmöglich  
32 Diamorphin, anstatt beispielsweise Methadon, zu verschreiben, obwohl es sich für viele  
33 Patienten um die bessere Wahl handeln würde.

34 Es geht uns ausdrücklich nicht darum Diamorphin politisch gegenüber anderen  
35 Medikamenten, welche als Substitut benutzt werden,

36 zu bevorzugen, sondern lediglich darum, Ärzten mehr Handlungsfreiheit bei der Wahl der  
37 Therapieform zu verschaffen, damit ein Patient die Therapie bekommt, die medizinisch am  
38 angemessensten ist und diese ihm nicht aufgrund von zu hohen Auflagen verwehrt wird.



### 39 40 **Anhang:**

#### 41 42 **Verordnung über das Verschreiben, die Abgabe und den Nachweis des Verbleibs von** 43 **Betäubungsmitteln (Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung - BtMVV) § 5a**

44  
45 *Verschreiben von Substitutionsmitteln mit dem Stoff Diamorphin*

46  
47 *(1) Zur Behandlung einer schweren Opioidabhängigkeit können zur Substitution zugelassene*  
48 *Arzneimittel mit dem Stoff Diamorphin verschrieben werden. Der substituierende Arzt darf*  
49 *diese Arzneimittel nur verschreiben, wenn*

50 *1. er ein suchtmmedizinisch qualifizierter Arzt ist und sich seine suchtmmedizinische*  
51 *Qualifikation auf die Behandlung mit Diamorphin erstreckt oder er im Rahmen des*  
52 *Modellprojektes „Heroingestützte Behandlung Opiatabhängiger“ mindestens sechs Monate*

- 
- 
- 53 *ärztlich tätig war,*  
54 *2. bei dem Patienten eine seit mindestens fünf Jahren bestehende Opioidabhängigkeit*  
55 *verbunden mit schwerwiegenden somatischen und psychischen Störungen bei derzeit*  
56 *überwiegend intravenösem Konsum vorliegt,*  
57 *3. ein Nachweis über zwei erfolglos beendete Behandlungen der Opioidabhängigkeit vorliegt,*  
58 *von denen mindestens eine eine sechsmonatige Behandlung nach § 5 sein muss, und*  
59 *4. der Patient das 23. Lebensjahr vollendet hat*

AntragstellerIn: Jusos Billstedt

## 1 Psychisch kranken Patient\*innen wirklich helfen!

2

3

4

5

6

7

8

9

### Forderung:

10

11

Wir fordern

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

### Begründung:

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

Der vom Gesundheitsministerium am 26.09.2018 eingebrachte Entwurf zum Gesetz für schnellere Termine und bessere Versorgung (Terminservice- und Versorgungsgesetz - TSVG) hat mit einem Zusatz zum § 92 Abs.6a SGB V gezeigt, dass das CDU-Bundesgesundheitsministerium die Problematik der viel zu langen Wartezeiten bei der Vergabe von Therapieplätzen nicht verstanden hat.

Es fordert in dem Zusatz die Einführung einer zentralen Diagnosestelle, die den Erstkontakt mit allen Patienten übernehmen würde, die einen Therapeuten aufsuchen wollen. Die bisherige Regelung gibt den Patienten die freie Wahl ihres Therapeuten. Dazu übernimmt die gesetzliche Krankenkasse bis zu 4 probatorische Sitzungen, in denen der Patient langsam Vertrauen aufbauen und der Therapeut entscheiden kann, ob er die Therapie übernehmen kann und möchte.

Dies würde mit der Neuregelung entfallen und durch ein einziges, in der Länge nicht definiertes Gespräch ersetzt werden. Der/die Diagnostiker\*in würde nach nur einem Gespräch eine vorläufige Diagnose stellen und den (nach Meinung der Diagnosestelle) geeigneten und am schnellsten verfügbaren Therapeuten auswählen.

Der/die potentielle Patient\*in müsste sich nicht nur mindestens zwei Personen öffnen und dabei einer Person innerhalb eines Gespräches, sie würde auch danach noch höchstwahrscheinlich monatelang auf einen Therapieplatz warten müssen, da das eigentliche Problem des Mangels an Therapieplätzen weiterhin bestehen würde.

Diese Neuregelung gilt es also abzulehnen.

Die Ablehnung des Zusatzes wurde deshalb u.a. von der Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) und der Deutschen Psychotherapeuten Vereinigung (DPTV) in der Petition 85363



53 gefordert, die bis zum Ende ihrer Mitzeichnungsfrist (am 13.12.2018) über 200.000  
54 Mitzeichner aufweisen konnte.

55 Deshalb fordern wir mit diesem Antrag die Situation wirklich zu verbessern.

56 Die BPTK weist auf ihrer Website die Behauptung von Bundesgesundheitsminister Jens  
57 Spahn zurück, der in einer Stellungnahme am 11.12.2018 verkündet hatte, dass es in  
58 Deutschland so viele Psychotherapeuten wie Hausärzte gebe und mehr Therapeuten nicht zu  
59 einer Verbesserung der Wartezeiten führen würden, da sich keine Verbesserung der  
60 Wartezeiten in Gebieten abgezeichnet hätte, in denen mehr psychologische  
61 Psychotherapeuten (PP) zugelassen wurden.

62 Eine Studie des Robert-Koch-Instituts, die 2017 im „Journal of Health Monitoring“  
63 herausgegeben wurde, schreibt dazu Folgendes: „Um bessere Bedingungen für die Nutzung  
64 der betreffenden Versorgungsangebote zu schaffen, sollten neben der  
65 Erhöhung der Zahl an Leistungserbringern auch flankierende Maßnahmen angestrebt  
66 werden.“

67 Es ist also durchaus ratsam Maßnahmen zu beschließen, um die Anzahl an gut ausgebildeten  
68 PP zu erhöhen. Damit einher geht eine weitere Problematik: Psychologiestudenten erhalten  
69 mit ihrem Studium nicht gleichzeitig die Approbation um in ihrem Beruf tätig zu werden,  
70 sondern müssen eine 3 – 5-jährige Ausbildung nach ihrem abgeschlossenen Masterstudium  
71 absolvieren, die kostenpflichtig ist. Erst nach der Hälfte der Ausbildung kann der/die  
72 angehende PP Geld verdienen und muss während des Studiums oder der Ausbildung  
73 mehrere unbezahlte Langzeitpraktika absolvieren.

74 Durchschnittlich kostet es die angehenden Therapeuten 9 – 10 Jahre Zeit und 20.000 Euro  
75 bis sie die Ausbildung abgeschlossen haben.

76 Laut überspitzter „Spiegel – Online“-Formulierung sei es deshalb ein „Beruf für gut situierte  
77 Mittelschichts-Kids“ (Artikel: „Ausbildung zum Psychotherapeuten: Enttäuscht, frustriert,  
78 verschuldet“ vom 16.01.2017).

79 Damit alle qualifizierten Menschen diesen Beruf erlernen können, ist es zwingend notwendig  
80 das Psychotherapeutengesetz von 1999, welches die Ausbildungsrichtlinien festlegt, zu  
81 erneuern und die Kosten für die Ausbildung durch staatliche Förderung zu verringern.

82 Um das Berufsfeld zusätzlich attraktiver zu gestalten, müssen die Abrechnungsmodalitäten  
83 angepasst werden.

84 Praxen von PP bilden laut des Fachserienberichts 2 Reihe 1.6.1 „Kostenstruktur bei Arzt- und  
85 Zahnarztpraxen sowie Praxen von psychologischen Psychotherapeuten“ (in der korrigierten  
86 Version erschienen am 18.10.2018) das Schlusslicht der Reineinahmen aller Praxen.

87 Demnach verdient ein angestellter PP im Schnitt 3500 Euro Brutto verglichen mit 5000 Euro  
88 Bruttomonatseinkommen bei Hausärzten, die sich ebenfalls noch im unteren Bereich der  
89 ärztlichen Monatseinkommen befinden.

90 Der Weg zur abgeschlossenen Ausbildung ist lang und teuer und verglichen mit anderen  
91 ärztlichen Berufen am Abstand am schlechtesten vergütet, obwohl er offensichtlich immer  
92 mehr benötigt wird. Das muss sich ändern.

93 Das Problem liegt zudem nicht in der aktuellen Behandlungsart. Durch die Einführung der  
94 psychologischen Sprechstunde sowie den folgenden probatorischen Sitzungen durch die  
95 Psychotherapie-Richtlinie, die am 16.02.2017 in Kraft trat, konnte die Zufriedenheit der  
96 behandelten Patienten deutlich erhöht werden.

97 So ergab eine Patientenbefragung der kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) am  
98 28.08.2018, dass 91% der behandelten Patienten ihrem PP ein hohes oder sehr hohes  
99 Vertrauen entgegenbringen und zufrieden mit der Behandlung waren.

100

101 Diese Vorgespräche geben psychisch belasteten Menschen die Möglichkeit, sich langsam zu  
102 öffnen und dauerhaft ein Vertrauensverhältnis mit dem gleichen Therapeuten aufzubauen.  
103 Dazu gibt es dem PP genug Zeit, um festzustellen, ob er/sie die Behandlung annehmen kann  
104 und welche Diagnose zu treffen ist.

105 Die würde durch die schwammig definierte Diagnosestelle, die der TSVG-Zusatz plant,  
106 entfallen, obwohl sie sich als höchst wirksam erwiesen hat.

107 Dies gilt es zu verhindern.

# *VII. Bildung*



1 **Solidarität mit Fridays for Future – denn es geht um unsere Zukunft!**

2

3

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat beschlossen:

4

5

**Forderung:**

6

7

Die Jusos Hamburg solidarisieren sich mit „Fridays for Future“ und rufen zur Beteiligung an den Kundgebungen auf.

8

9

10

**Begründung:**

11

12

13

Unter dem Slogan „Fridays for Future“ versammeln sich seit Wochen hunderte Schüler\*innen, Azubis und Studierende um für mehr Klimaschutz zu demonstrieren. Wir begrüßen dieses zivilgesellschaftliche Engagement junger Menschen ausdrücklich und rufen zur Teilnahme an den Kundgebungen auf.

14

15

16

17

Es ist unser Anspruch als Jusos für eine progressive Klimapolitik in der SPD zu streiten und gleichzeitig offen zu sein für zivilgesellschaftliche Bündnispartner\*innen, die ähnliche Anliegen haben wie wir. Auch wenn wir nicht alle Ziele und Mittel von „Fridays for Future“ teilen, so haben wir doch ein grundsätzliches, gemeinsames Anliegen: Es geht darum, unsere Zukunft zu sichern, denn es gibt keinen Planeten B! Ein umfassender Klimaschutz ist die elementare Grundlage, auf der wir ein sozial gerechtes Leben künftig global ermöglichen können. Leider ist es wissenschaftlicher Konsens, dass die aktuellen Anstrengungen in der Klimapolitik nicht ausreichen werden, um katastrophale Folgen der Klimaveränderung zu verhindern. Hier setzt „Fridays for Future“ ein klares Zeichen, dass noch viel mehr zu tun ist – und zwar nicht nur in der schnellstmöglichen Umsetzung der Energiewende, sondern auch in der Verkehrs-, Stadtentwicklungs-, Agrar-, Industrie- und Bildungspolitik.

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

Wir sind der Überzeugung, dass Schüler\*innen in der Lage sind, die Folgen ihres eigenen Handelns zu überblicken. Deshalb vertrauen wir darauf, dass Schüler\*innen selbstständig entscheiden können, ob sie etwaige Konsequenzen für das Fernbleiben am Unterricht tragen oder sich an den Demonstrationen beteiligen wollen. Schüler\*innen lernen somit ganz praktisch, was eigenverantwortliches Handeln bedeutet und wie sie in an unserer demokratischen Gesellschaft teilhaben können: durch das Ausformulieren eigener Interessen und dem Einstehen dafür.

1 **Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres für alle Hamburger**  
2 **Kinder vor Einschulung in die Grundschule**

3

4 Die Jusos Hamburg hat Folgendes zur Weiterleitung an den SPD Landesparteitag und die  
5 SPD Bürgerschaftsfraktion beschlossen:

6

7 **Forderung:**

8 Wir fordern die Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres für alle Hamburger Kinder vor  
9 Einschulung in die Grundschule.

10

11 **Begründung:**

12

13 Der schulische Erfolg eines Kindes wird maßgeblich durch das Elternhaus bestimmt.  
14 Dementsprechend starten Erstklässler mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen in  
15 die Grundschule. So haben es Kinder aus nicht-deutschsprachigen oder sog.  
16 'bildungsfernen' Elternhäusern von Beginn an schwerer. Es ist jedoch bewiesen, dass  
17 die Kindergartenbesuchsdauer einen nachhaltig positiven Effekt auf den  
18 Bildungserfolg der Kinder hat. Dem Phänomen, dass der Bildungserfolg der Schüler  
19 maßgeblich vom sozialen Hintergrund abhängig ist (siehe u.a. Pisa-Studie Oktober  
20 2018), wollen wir daher mit einem verpflichtenden Kita/Vorschuljahr begegnen.

21

22 Im Kindergarten sollen Kinder den sozialen Umgang mit Gleichaltrigen wie auch  
23 motorische und sprachliche Kenntnisse erwerben. Diese Fähigkeiten werden in der  
24 Grundschule oftmals als Voraussetzungen angesehen, um sich dem Erwerb anderer  
25 elementarer Fähigkeiten (Lesen, Rechnen etc.) widmen zu können. Das  
26 verpflichtende Jahr - wie es z.B. in Österreich bereits eingeführt wurde - unterstützt  
27 einen reibungslosen Übergang von der Kita in die Schule, denn es beinhaltet  
28 schulvorbereitende Maßnahmen, von denen alle Kinder profitieren. Diese  
29 vorschulähnliche Systematik, angegliedert an die Kindertagesstätte, wollen wir  
30 stärken, um Kinder in ihrem gewohnten Umfeld bereits auf die Schule und die damit  
31 einhergehenden Herausforderungen vorzubereiten.

32

33 In Kindergartengruppen liegt der Personalschlüssel bei ca. neun Kindern pro  
34 Fachkraft. Damit ist es den Erziehern logischerweise besser möglich auf das einzelne  
35 Kind einzugehen als dies ein einzelner Lehrer bei einer Klassengröße von 25 Kindern  
36 könnte.

37

38 Die Pflicht von 20 Wochenstunden bestünde für alle Hamburger Kinder, die im  
39 Folgejahr eingeschult werden.

40 Ziel ist dabei nicht, Kleinkinder mit Stress („Kita-Abitur“) zu erdrücken. Vielmehr geht  
41 es um eine Förderung von Kindern, die andernfalls in Klasse 1 benachteiligt wären.

42

# *VIII. Umwelt/Verkehr*



1 **Umweltverbund in Hamburg stärken**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD  
4 Landesparteitag beschlossen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Der Senat, die Bürgerschaft und die Verkehrsbehörde werden aufgefordert, dem aktuell zu  
9 erstellenden Hamburger Verkehrsentwicklungsplan, das Ziel, dass 80% der Wege in Hamburg  
10 mit Verkehrsmitteln des Umweltverbundes (öffentliche Verkehrsmittel, Rad und Fuß)  
11 zurückgelegt werden, zugrunde zu legen.

12

13 **Begründung:**

14

15 Die Förderung des Umstieges vom motorisierten Individualverkehr auf den Umweltverbund,  
16 insbesondere auf Bus und Bahn, ist seit Jahren allgemeines politisches Ziel. Die Förderung  
17 des Radverkehrs ist seit der letzten Bürgerschaftswahl ebenfalls ein politisches Ziel des  
18 Senates. So heißt es im Koalitionsvertrag: „Die Koalitionspartner einigen sich darauf, den  
19 Radverkehrsanteil in den zwanziger Jahren auf 25 Prozent zu steigern.“ Beides trägt aktuell  
20 bereits sichtbar Früchte wie die aktuellen Zahlen der Studie „Mobilität in Deutschland 2017“  
21 zeigen. So hat sich der Modal-Split Anteil des ÖPNV an den Wegen in Hamburg von 2008 bis  
22 2017 bereits von 18 auf 22 Prozentpunkte erhöht und der des Radverkehrs von 12 auf 15  
23 Prozentpunkte. Der Anteil der zu Fußgehenden blieb mit 27 Prozentpunkten in etwa konstant.  
24 Damit liegt der Modal-Split Anteil des Umweltverbundes an den Wegen in Hamburg bei aktuell  
25 64 Prozentpunkten.

26

26 Aus dem genannten Radverkehrsanteil von 25 Prozent, einem weiter steigendem ÖPNV-  
27 Anteil und einem mindestens konstanten Anteil an zu Fußgehenden ergibt sich ein  
28 anzustrebender Modal-Split Anteil des Umweltverbundes von 80%. Dieser Anteil soll daher  
29 als Ziel dem künftigen Verkehrsentwicklungsplan zugrunde liegen.

## 1 Für einen schnellstmöglichen bundesweiten Kohleausstieg

2  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD  
4 Landesparteitag zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschlossen:

### 7 **Forderung:**

8 Die SPD Hamburg spricht sich für ein schnellstmögliches Ende des Braunkohleabbaus in  
9 Deutschland und der energetischen Kohlenutzung aus. Grundlage für diesen Ausstieg ist die  
10 Umsetzung des Kompromisses der sogenannten „Kohlekommission“.

- 11  
12 I. Unser Ziel ist ein frühestmöglicher Kohleausstieg. Es sollte darauf hingewirkt werden  
13 den Ausstieg, wie im „Kohlekompromiss“ vereinbart, von 2038 auf 2035  
14 vorzuziehen Grundsätzlich unterstützen wir weitergehende Forderungen, wenn sie  
15 im Konsens umgesetzt werden können.
- 16 II. Vor dem Hintergrund des „Kohlekompromisses“ sind die Abbaupläne für die  
17 Braunkohleförderung einer Überprüfung zu unterziehen. Es sollte kein Dorf mehr  
18 devastiert und kein Wald mehr gerodet werden. Insbesondere der Hambacher  
19 Forst sollte erhalten bleiben.
- 20 III. Die Regionen, die von der Umsetzung des „Kohlekompromisses“ betroffen sind,  
21 benötigen strukturelle Unterstützung, um die negativen volkswirtschaftlichen  
22 Folgen, insbesondere mit Hinblick auf Arbeitsplätze, aufzufangen.
- 23 IV. Die Deckelung der Ausbauziele für Erneuerbare Energien muss angehoben werden.  
24 Ziel der Förderung muss sein, 2035 eine Energieversorgung von 100%  
25 Erneuerbaren Energien anzustreben.
- 26 V. Die Freie und Hansestadt Hamburg soll Vorreiterin im Ausstieg aus der Kohlenutzung  
27 werden. Das Kraftwerk Wedel, das künftig im städtischen Besitz sein wird, muss  
28 schnellstmöglich abgeschaltet werden. Dafür und für die Umstellung des  
29 Kraftwerks Tiefstack auf Erdgas muss der Umbau des Fernwärmenetzes prioritär  
30 umgesetzt werden.

### 32 **Begründung:**

33 Der Klimaschutz ist bereits eines der bestimmenden Themen der Politik des 21. Jahrhunderts.  
34 Während das 20. Jahrhundert geprägt war von der blutigen Entwicklung der Nationalstaaten  
35 zu den Anfängen einer globalen Gemeinschaft und den damit einhergehenden sozialen  
36 Kämpfen, prägt das 21. Jahrhundert bereits in diesen Anfangsjahrzehnten die Frage, wie wir  
37 gemeinsam auf diesem Planeten leben wollen: Möchten wir in einer Gesellschaft leben, die  
38 sich ihres Konsums und ihrer Effekte auf die Natur bewusst ist oder möchten wir auf kurze  
39 Sicht in Überfluss leben? Möchten wir, dass auch unsere Kinder eine natürliche Welt erleben  
40 können und nicht konstant von Wetterextremen geplagt werden? Möchten wir, dass  
41 Menschen an allen Orten dieses Planeten leben können und nicht nur in der reichen  
42 westlichen Hemisphäre, wo genug Mittel da sind, um Wetterextreme auszuhalten?

43  
44 Es ist höchste Zeit, dass die SPD sich den Klimaschutz zu Herzen nimmt. Der UN-Klimarat  
45 spricht anlässlich des letzten großen Berichts aus dem Oktober 2018 eine deutliche Sprache:  
46 „Die nächsten Jahre sind wahrscheinlich die wichtigsten in unserer Geschichte. Die  
47 Entscheidungen, die wir heute treffen, müssen eine sichere und nachhaltige Welt für alle  
48 Menschen sichern, sowohl jetzt wie auch in der Zukunft.“ (Debra Roberts, Ko-Vorsitzende in  
49 der Arbeitsgruppe 2 des Weltklimarats, IPCC)

50  
51 Es geht um nichts weniger als die nächsten 12 Jahre unserer Zeitschreibung, in denen es  
52 noch möglich ist, das 1,5-Grad-Ziel bezüglich der relativen Erderwärmung zu erreichen. Wenn  
53 wir das schaffen, ist es möglich, in einer Welt zu leben, die der unseren weitgehend ähnelt.

54

55 Dafür ist die Energiewende ein zentraler Baustein. Ein wesentlicher Anteil der Energie in  
56 Deutschland wird aus der Kohleverbrennung gewonnen. Hier hat die sogenannte  
57 „Kohlekommission“ einen Kompromiss vorgelegt, den wir im Sinne des Klimaschutzes  
58 schnellstmöglich umsetzen wollen. Die Braunkohle spielt dabei eine Schlüsselrolle, da sie  
59 einer der schmutzigsten Energieträger überhaupt ist. In einem alten Kohlekraftwerk gibt es  
60 eine Emission von ca. 1.200g CO<sub>2</sub>/KWh, in modernen Kohlekraftwerken von 950g CO<sub>2</sub>/KWh.  
61 Zum Vergleich emittieren moderne Gaskraftwerk ca. 400g CO<sub>2</sub>/KWh.

62

63 Im vergangenen Jahr befeuerte die Debatte um den Hambacher Forst den Kohleausstieg.  
64 Dabei wurde dieser zum Symbol an welchem die Interessen von Umwelt- und Naturschutz  
65 gegen die Interessen der Beschäftigten in der Kohleindustrie ausgespielt wurden. Da der  
66 Kohleausstieg eine Frage der globalen Gerechtigkeit ist, fordern wir einen schnellstmöglichen  
67 Ausstieg und den Erhalt des Symbols des Hambacher Forsts, insbesondere auch hinsichtlich  
68 seiner ökologischen Vielfalt.

69

70 In Norddeutschland ist die Steinkohle mehrheitlicher Primärbrennstoff, welche ebenfalls  
71 erhebliche Mengen CO emittiert (ca. 750-1100g CO<sub>2</sub>/KWh). Hamburg bezieht einen Großteil  
72 seiner Energie aus drei dieser Steinkohlekraftwerke, demjenigen in Wedel, in Tiefstack und  
73 Moorburg. Zwar bestehen Pläne, mit dem Rückkauf des Energienetzes von Vattenfall Wedel  
74 abzuschalten und Tiefstack in ein Gaskraftwerk umzubauen. Diese sind jedoch nach  
75 derzeitigem Sachstand nicht fest. Entsprechend ist eine Festschreibung dieser Pläne und ein  
76 Einsatz für einen bundesweiten Ausstieg aus der Kohleenergie notwendig.

77

78 Für die SPD ist die Ökologie ein wichtiges, viel zu lange von uns im Namen der zu  
79 schützenden Arbeitsplätze ignoriertes Thema. Dabei übersehen wir, dass neue Technologien  
80 auch neue Arbeitsplätze mitbringen und der Schritt in die Neuzeit Opfer erfordert. Deshalb  
81 sollte die SPD sich auch gleichzeitig um Konzepte bemühen, wie die Effekte auf die  
82 Erwerbstätigen abgemildert werden können bzw. diese in neue Arbeitsverhältnisse  
83 umgeschult werden können. Gleichzeitig bedarf es einer umfassenden Aufklärung zum  
84 Thema der Braunkohle, damit der Bürger\*innen Verständnis für diesen immer noch recht  
85 drastischen Einschnitt entwickelt.

86



AntragstellerIn: *Altona*

1 **Beim 365€ HVV Jahresticket hart bleiben - Mobilität für alle sichern!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat beschlossen:

4

5

6 **Forderung:**

7 Wir fordern den Jusos Hamburg Landesvorstand auf, bei den Verhandlungen um das 365€-  
8 HVV-Jahresticket unsere Maximalforderung entschlossen zu verteidigen und hart zu  
9 verhandeln.

10

11 **Begründung:**

12 Die Forderung ist und bleibt ein 365€ Jahresticket für alle. Vor allem soll der Zugang in die  
13 Stadt für junge und ältere Menschen, Familien sowie Pendler aus den umliegenden Bezirken  
14 bezahlbar bleiben und damit in Zukunft gesichert werden.

15

16 Mobilität für alle - egal wo du lebst, wie viel du verdienst oder wo du herkommst!

17

## 1 **Solidarität mit gemeinnützigen Organisationen**

2  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den  
4 Landesvorstand der Jusos Hamburg beschlossen:

### 5 6 **Forderung:**

7  
8 Wir fordern den Landesvorstand der Jusos Hamburg dazu auf, sich öffentlich gegen den  
9 Beschluss der CDU, sich dafür einzusetzen der Deutschen Umwelthilfe Fördermittel zu  
10 entziehen und den Status der Gemeinnützigkeit zu überprüfen, auszusprechen.

### 11 12 **Begründung:**

13  
14 Auf dem Parteitag der CDU Deutschlands im Dezember 2018 in Hamburg, wurde beschlossen,  
15 dass die Unions-Mitglieder der Bundesregierung und Bundestagsfraktion sich dafür einsetzen  
16 sollen, Auszahlung von Fördermitteln an die Deutsche Umwelthilfe zu unterbinden und die  
17 Gemeinnützigkeit der Organisation zu prüfen.

18  
19 So heißt es im Einzelnen:

20 „[...]dass bereits etatisierte Mittel, die noch nicht verbindlich zugesagt wurden, mit einem  
21 Sperrvermerk versehen werden und in künftigen Haushalten keine Mittel mehr für die DUH  
22 etatisiert werden [...]“

23  
24 „Die CDU Deutschlands fordert zu prüfen, ob die Deutsche Umwelthilfe noch die Kriterien für  
25 die Gemeinnützigkeit erfüllt.“

26  
27 Dieser Beschluss ist die Aufforderung zu einem unsachgemäßen Einmischen der Politik in die  
28 Aufgaben der Verwaltung.

29 Denn sowohl die Vergabe von Fördergeldern, als auch die Anerkennung der Gemeinnützigkeit  
30 obliegt den zuständigen Behörden. Der Versuch, seitens einer Partei Druck auszuüben und  
31 damit Entscheidungen entgegen geltendem Recht zu provozieren, ist ein eklatanter Bruch mit  
32 unseren rechtsstaatlichen Prinzipien.

33 Ein solches Agieren hat eine Signalwirkung, weit über den Einzelfall hinaus. Sollte die CDU mit  
34 diesem Vorstoß erfolgreich sein, sind die Tore für die Überprüfung weiterer unliebsamer  
35 Organisationen geöffnet.

1 **Erweiterung der Bedeutung des Zusatzzeichens 1010-65 „E-Bikes**  
2 **frei“**

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den  
5 Landesparteitag der SPD Hamburg und anschließend an den Bundesparteitag der SPD  
6 beschlossen:

7

8 **Forderung:**

9

10 Die Bundestagsfraktion und Minister\*innen der SPD werden aufgefordert, sich dafür  
11 einzusetzen, dass

12

- 13 I. das Zusatzzeichen 1010-65 nach der StVO in seiner Bedeutung so erweitert wird, dass  
14 S-Pedelec-Nutzer\*innen die Benutzung der damit beschilderten Straßen erlaubt ist.

15

16 **Begründung:**

17

18 Der motorisierte Individualverkehr wird in deutschen Städten vermehrt zur Belastungsprobe. So  
19 steigt die Anzahl und Länge von Staus, Parkplätze beanspruchen kostbaren Raum und die  
20 Abgase stellen eine Gefahr für die Gesundheit aller Bürger\*innen dar.

21

22 Inzwischen verfolgen viele Städte das Ziel, die Bürger\*innen weg vom Auto und hin zur Nutzung  
23 des ÖPNV, bzw. anderen Alternativen, zu bewegen, um eine Entspannung der  
24 Verkehrssituation und allgemeine Verbesserung der Lebensqualität im Stadtgebiet zu  
25 erreichen. Hierbei sind die sogenannten Pedelecs (umgangssprachlich: E-Bikes) ein  
26 wesentlicher Bestandteil. Aufgrund ihrer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 25km/h werden  
27 diese jedoch eher für kürzere Strecken genutzt und sind für Pendler nur bedingt geeignet.

28

29 Eine weitere Möglichkeit bieten Speed-Pedelecs, die eine Unterstützungsleistung bis zu 45  
30 km/h erbringen. Die gesetzeskonforme Nutzung von S-Pedelecs gestaltet sich in Deutschland  
31 für den Fahrer jedoch teilweise gefährlich. So ist auch an unübersichtlichen und stark  
32 befahrenen Verkehrspunkten die Nutzung von Radwegen i.d.R. nicht gestattet.

33

34 Das vor kurzem neu geschaffene Zusatzzeichen 1010-65 „E-Bikes frei“ erlaubt es dem S-  
35 Pedelec-Nutzer jedoch nicht Radwege zu befahren. Lediglich Elektro-Leichtmofas sind durch  
36 diese Ausnahme begünstigt. Somit ist dies eine Regelung, die nach aktuellen Verkaufszahlen  
37 nur wenige Bürger\*innen betrifft und bei S-Pedelec-Nutzern für Verwirrung und Unverständnis  
38 sorgt.

39

40 Bislang ist die einzige Möglichkeit, um den S-Pedelec-Nutzern das Befahren von Radwegen zu  
41 erlauben, die Wege mit dem Zusatzzeichen 1026-31 oder 1022-11 zu beschildern.

42 Jedoch wird hiermit ebenfalls das Befahren mit Mofas erlaubt. Um den Städten und Gemeinden  
43 eine genauere und zeitgemäße Regulierung zu ermöglichen, ist die Erweiterung der Bedeutung  
44 des Zusatzzeichens 1010-65, welches somit das Befahren von Radwegen mit S-Pedelecs, nicht  
45 jedoch für Mofas oder sonstige motorisierte Zweiräder, erlaubt, absolut notwendig.

## 1 **Mobilität der Zukunft: Elektrokleinstfahrzeuge praxisgerecht** 2 **legalisieren!**

3  
4  
5 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den  
6 Landesparteitag der SPD Hamburg und anschließend an den Bundesparteitag der SPD  
7 beschlossen:

### 8 9 **Forderung:**

10  
11 Die Bundestagsfraktion und Minister\*innen der SPD werden aufgefordert, sich dafür  
12 einzusetzen, dass die Verordnung über die Teilnahme von Elektrokleinstfahrzeugen am  
13 Straßenverkehr (eKFV) folgenden Bedingungen genüge tut:

- 14 I. Der Rahmen der zu regulierenden Fahrzeuge soll auch selbstbalancierende Fahrzeuge,  
15 wie z.B Skate- und Hooverboards, umfassen.
- 16 II. Die Verordnung soll derart ausgestaltet sein, dass die Mitnahme der  
17 Elektrokleinstfahrzeuge in öffentlichen Verkehrsmitteln generell zulässig ist.
- 18 III. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit soll auf 25 km/h festgelegt werden.
- 19 IV. Die Zulassung eines Elektrokleinstfahrzeuges soll nicht den Abschluss einer  
20 Versicherubg, ähnlich jener für Motorroller, erfordern. Zumindest soll das Erfordernis  
21 des Anbringens eines Kennzeichens entfallen.

### 22 23 **Begründung:**

24  
25 Die Liste von Umständen, die eine Verkehrswende in deutschen Innenstädten notwendig macht  
26 wird immer länger. Auszugsweise sind dies unzumutbare Feinstaubbelastung, Lärm, Stau und  
27 Parkplatzmangel.

28 Die Tage des mobilisierten Individualverkehrs wie wir ihn heute kennen sind gezählt –  
29 Alternativen sind gefragt.

30  
31 Die Mehrheit der Verkehrsexperten ist sich einig, dass die Mobilität von morgen aus einem Mix  
32 unterschiedlicher Verkehrsmittel besteht. Eine Strecke wird dann mithilfe von öffentlichen  
33 Verkehrsmitteln, Car-Sharing-Autos, dem Fahrrad und sogenannten Elektrokleinstfahrzeugen  
34 stattfinden.

35  
36 Während die öffentlichen Verkehrsmittel und die Car-Sharing-Autos für das Zurücklegen von  
37 größeren Distanzen geeignet sind, dient das Fahrrad und Elektrokleinstfahrzeug für den Weg  
38 zum Bahnhof oder zur nächsten Einkaufsmöglichkeit, der sogenannten „letzten Meile“.

39  
40 Um den Bürger\*innen die größtmögliche Auswahl zu bieten, muss die Verordnung die  
41 Benutzung aller Marktüblichen Elektrokleinstfahrzeuge legalisieren, damit das individuell  
42 geeignete Fortbewegungsmittel gewählt werden kann.

43  
44 Damit das Konzept des Verkehrsmixes im Alltag praktikabel ist, ist es unerlässlich, dass die  
45 Mitnahme der Elektrokleinstfahrzeuge in öffentlichen Verkehrsmitteln erlaubt ist.

46 Sonst kommt man zwar entspannt mit dem Elektrokleinstfahrzeug von der eigenen Wohnung  
47 zum Bahnhof, muss aber ohne weiterreisen. Die letzte Meile zum Zielort wird dann wieder zur  
48 Herausforderung.

1 **Fahrpreiserhöhungen maximal auf Inflationsniveau begrenzen**

2

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD  
5 Landesparteitag beschlossen

6

7

8 **Forderung:**

9

10 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, die jährliche Fahrpreiserhöhung des HVV  
11 auf das generelle, nationale Inflationsniveau zu begrenzen.

12

13

14 **Begründung:**

15

16 Alle 12 Monate dasselbe: Pünktlich zum 01.01.2019 sind auch in diesem Jahr die Fahrpreise  
17 für den ÖPNV erhöht worden. Im Schnitt stiegen die Preise um 2,1%. Im  
18 Zehnjahresdurchschnitt beträgt die jährliche Erhöhung sogar 2,5%. Zwischen 2007 und 2017  
19 stiegen die Fahrpreise insgesamt um 35,9%. Zum Vergleich: Benzinpreise stiegen im selben  
20 Zeitraum um 1,6%, die Preise für Diesel sogar fielen um 1,2%.

21

22 Die Attraktivität des ÖPNV steht und fällt auch immer mit der Preisgestaltung. Einen Großteil  
23 der Menschen langfristig davon zu überzeugen, sich für Bus und Bahn, statt für das Auto zu  
24 entscheiden, wird angesichts der Tatsache, dass Hamburg eine der deutschlandweit  
25 teuersten ÖPNV-Städte ist, schwierig. Für eine nachhaltige, zukunftsorientierte Stadt ist ein  
26 für jede\*n erschwinglicher ÖPNV unerlässlich. Viele Städte haben bereits reagiert. So kam es  
27 in Stuttgart beispielsweise sogar zu einer de-facto Fahrpreissenkung.

28

29 Mobilität ist ein wichtiger Faktor gesellschaftlicher Teilhabe und dadurch auch eine soziale  
30 Aufgabe für die Stadt. Unbedingt muss verhindert werden, dass sich ganze  
31 Bevölkerungsgruppen zukünftig dreimal überlegen müssen, ob diesen Monat noch ein Besuch  
32 bei, der am anderen Ende der Stadt lebenden, Oma drin ist oder nicht.

33 Die Fahrpreise stiegen in den letzten Jahren weit über dem Niveau, dass notwendig gewesen  
34 wäre, um Personal-, Diesel- und Strompreise sowie die Verbraucherpreisentwicklung  
35 auszugleichen. Ein erster Schritt für eine sozialere Mobilitätspolitik wäre, die Preise zumindest  
36 nicht oberhalb dieses Niveaus zu erhöhen.

37

38 Weiterhin fordern wir den Senat auf, Minderungen des Fahrscheinpreise nicht durch eine  
39 Reduzierung der Investitionsmittel zu kompensieren. Durch die Bereitstellung weiterer Mittel  
40 für den ÖPNV, soll die Investitionskraft gesteigert, zumindest jedoch gleichbleibend gesichert  
41 werden.

1 **Abschaffung der Steuerprivilegien im nationalen und europäischen**  
2 **Flugverkehr**

3

4

5 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD  
6 Landesparteitag der SPD Hamburg und anschließend an den Bundesparteitag der SPD  
7 Folgendes beschlossen:

8

9

10 **Forderung:**

11

12 Die Bundestagsfraktion und die Minister\*innen der SPD werden aufgefordert, sich dafür  
13 einzusetzen, dass in einem ersten Schritt eine Kerosinsteuer in Deutschland eingeführt und in  
14 einem zweiten Schritt auf EU-Ebene die einheitliche Besteuerung von Kerosin durchgesetzt;  
15 sollte dies auf europäischer Ebene nicht möglich sein, soll eine Kerosinsteuer in Deutschland  
16 eingeführt werden. Die Kerosinsteuer soll höher werden, je kürzer die Flugstrecke ist.

17

18 **Begründung:**

19

20 Die gewerbliche Luftfahrt trägt mit ihren klimaschädlichen Emissionen erheblich zur globalen  
21 Erwärmung und dem Klimawandel bei. Ziel einer sozialdemokratischen Umweltpolitik muss die  
22 Förderung von klimafreundlichen und die Reduktion von klimaschädigenden Verkehrsarten  
23 sein. Aus diesem Grund ist die bisher bestehende Kerosinsteuerbefreiung klimapolitisch weder  
24 nachvollziehbar noch zielführend. Eine Verteuerung des Flugverkehrs würde die  
25 klimafreundlichere Alternative des Bahnfahrens attraktiver machen und zu einer Reduktion der  
26 Flüge und somit zu einem Rückgang der Emissionen führen.

1 **Schnellbuszuschlag abschaffen**

2

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD  
5 Landesparteitag beschlossen:

6

7

8 **Forderung:**

9

10 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Zuschläge  
11 für Schnellbusse schnellstmöglich abgeschafft werden.

12

13

14 **Begründung:**

15

16 In den 1950er und 60er Jahren entschied sich Hamburg, die Straßenbahnen in der  
17 Hansestadt abzuschaffen. Um dennoch in möglichst kurzer Zeit die Innenstadt und das S- und  
18 U-Bahn-Netz von den Randbezirken aus zu erreichen, entstand die Idee der Schnellbusse.  
19 Da diese neben einem schnelleren Erreichen des gewünschten Ortes auch mehr Komfort  
20 boten, erhob man von Beginn an einen Zuschlag, der derzeit bei 2,10€ pro Fahrt beträgt.  
21 Durch die städtebauliche Entwicklung und die mittlerweile diversen Zwischenhalte zwischen  
22 Außenbezirk und Innenstadt ist der sogenannte Schnellbus allerdings mittlerweile oftmals nur  
23 noch 1-2 Minuten schneller als ein parallel verlaufender Linienbus. Hierfür jeweils 2,10€  
24 Aufschlag zu erheben, leuchtet damit nicht mehr ein. Hinzu kommt, dass der Schnellbus  
25 durch das enorm erfolgreiche Busbeschleunigungsprogramm des Senats, das zu einer  
26 erheblichen Verbesserung der Pünktlichkeit und des Fahrkomforts aller Buslinien führte,  
27 seinen letzten einleuchtenden Vorteil gegenüber „normalen“ Bussen verlor.

28 Weiterhin hat sich die Bedeutung des ÖPNV verändert. Mittlerweile hat sich die Politik zum  
29 Ziel gemacht, Bürger\*innen vom Auto weg und hin zur Nutzung des ÖPNV zu bewegen. Für  
30 Attraktivität sorgen dabei u.a. ein gutes ÖPNV-Netz, verlässliche Fahrtzeiten und eben auch  
31 der Preis. Es ist nicht nachzuvollziehen, warum mancherorts mehr Geld für eine  
32 Busanbindung entrichtet werden muss, als wenn dort eine S- oder U-Bahn führe. Ziel der  
33 Hamburger Politik sollte doch gerade sein, Busfahren so attraktiv wie möglich zu machen.  
34 Dort wo keine Bahnen direkt verkehren, wie zum Beispiel zwischen den Bezirken Bergedorf  
35 und Harburg wäre ein zuschlagsfreier Schnellbus zudem eine angenehme Alternative zur S-  
36 Bahn, würde für kürzere Fahrtzeiten sorgen und das Nadelöhr Hauptbahnhof entlasten.  
37 Angenommen werden solche Angebote jedoch regelmäßig bei einem Zuschlag von 2,10€ nur  
38 von wenigen, wie die seit Jahren sinkende Nutzer\*innen der Schnellbusse zeigen.  
39 Stattdessen werden lieber länger fahrende Linienbusse genommen, die dadurch zu  
40 Spitzenzeiten noch höher frequentiert sind als ohnehin schon, oder aufs Auto umgestiegen.

41

## 1 Hamburg wird Fahrradstadt – jetzt aber richtig!

2  
3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den  
5 Landesparteitag der SPD Hamburg beschlossen:

### 6 **Forderung:**

7  
8  
9 Die Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion und die Senator\*innen der SPD werden,  
10 insbesondere im Rahmen des Bündnisses für den Radverkehr, welches am 23. Juni 2016  
11 vereinbart wurde, aufgefordert,

- 12
- 13 I. sich für den Neu- und Ausbau von Velorouten zwischen den Randgebieten und der  
14 Innenstadt als Radschnellwege einzusetzen. Wenn möglich soll dabei jeweils eine Spur  
15 stadteinwärts, die andere stadtauswärts führen und mit einer Mindestbreite von 2,50 m  
16 je Fahrtrichtung genügend Platz zum Überholen bieten ohne andere langsamere  
17 Radfahrer\*innen zu gefährden.
  - 18 II. sich dafür einzusetzen, dass die Nutzung der Velorouten mit einem entsprechenden  
19 Ausbau (mindestens 2,50m Spurpreise in jeder Richtung) auch Speed-Pedelecs (die  
20 eine Unterstützungsleistung bis zu 45 km/h erlauben) ermöglicht wird.
  - 21 III. sich dafür einzusetzen, dass in Art und Anzahl angemessene Abstellmöglichkeiten für  
22 Fahrräder, insbesondere an öffentlichen Einrichtungen, Bildungseinrichtungen,  
23 Betrieben und in den Quartieren, geschaffen werden.
  - 24 IV. Genügend Geld bereit zu stellen, um das bestehende Radverkehrsnetz instand zu  
25 halten
  - 26 V. Sich dafür einzusetzen, dass an allen Stadtradstationen Beleuchtung in dem Umfang  
27 vorhanden ist, um zu gewährleisten, dass die Stationen im Dunkeln erkennbar sind und  
28 der Entleih- und Rückgabevorgang komfortabel durchführbar ist.
- 29

### 30 **Begründung:**

31  
32 Lange Staus, Lärmbelästigung und Feinstaubbelastung strapazieren Nerven und Gesundheit  
33 von Verkehrsteilnehmer\*innen und Anwohner\*innen.

34 Angesichts der wachsenden Bevölkerung und des Klimawandels ist eine nachhaltige  
35 politische Gestaltung der Verkehrswende gefordert.

36  
37 Der Senat der Stadt Hamburg hat diese Herausforderung bereits erkannt und sich das Ziel  
38 gesetzt, in den kommenden zehn Jahren den Radverkehrsanteil an allen in Hamburg  
39 zurückgelegten Wegen auf 25% zu steigern.

40 Kurz gesagt: Hamburg möchte Fahrradstadt werden.

41  
42 Mit der Gründung des Bündnisses für den Radverkehr im Sommer 2016 wurde die Grundlage  
43 für einen schnellen und koordinierten Infrastrukturausbau geschaffen.

44 Seitdem wurden auch einige Radwege neu geschaffen und bereits bestehende erneuert.

45  
46 Jedoch lässt sich häufig beobachten, dass – auch neu geschaffene - Radwege abrupt enden  
47 und sich die Radfahrer\*innen auf einer vielbefahrenen Straße wiederfinden. Ebenfalls erfüllen  
48 die Velorouten die Ansprüche an einen Radschnellweg häufiger nicht. Fehlende Beleuchtung  
49 und mangelhafter Straßenbelag mindern die Sicherheit und den Komfort der Radfahrenden.  
50 Unter diesen Bedingungen lässt sich das Fahrrad nur schwer als Alternative zum Auto  
51 etablieren.



52

53 Damit große Teile der Bevölkerung das Fahrrad als alltägliches Fortbewegungsmittel nutzen  
54 können, muss der Ausbau der Infrastruktur konsequent und mit einheitlichen Standards in  
55 ganz Hamburg vorangebracht werden.

56

57 Wenn das Fahrrad auch für Pendler\*innen eine echte Alternative zum Auto sein soll, muss  
58 das Befahren der Velorouten mit Speed-Pedelecs zugelassen werden. Denn durch die  
59 elektrische Unterstützungsleistung bis zu einer Geschwindigkeit von 45 km/h, kann der  
60 Arbeitsweg ohne größere Anstrengungen zurückgelegt werden. Zur Sicherheit aller  
61 Fahrradfahrenden, müssen die Velorouten ausreichend Platz bieten, damit gefahrloses  
62 Überholen langsamerer Verkehrsteilnehmer\*innen möglich ist.

63

64 Ebenfalls ausbaufähig sind die öffentlichen Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Einerseits sind  
65 die Kapazitäten an zentralen Plätzen wie z.B. Bahnhöfen oder Universitäten zu gering  
66 bemessen, andererseits ist ein ausreichender Schutz vor Diebstahl, gerade für teurere Speed-  
67 Pedelecs, häufig nicht gegeben.

## 1 Verlängerung der Fährverbindung 73 über Wilhelmsburg nach 2 Harburg!

3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den  
5 Landesparteitag der SPD Hamburg Folgendes beschlossen:

### 8 **Forderung:**

9  
10 Wir fordern die SPD Hamburg dazu auf, sich im Senat der Freien Hansestadt Hamburg und in  
11 der Hamburgischen Bürgerschaft für Folgendes einzusetzen:

- 12  
13     ▪ Die Fährverbindung 73 als Teil des Hamburger Verkehrsverbundes mit der bisherigen  
14 Endstation „Ernst-August-Schleuse“ soll über Wilhelmsburg bis nach Harburg  
15 verlängert werden. Dazu soll die Route der Fährverlängerung über den  
16 Reiherstiegskanal verlaufen. Die Anlegestelle in Wilhelmsburg soll an der Alten  
17 Schleuse (südlich des Dockville-Festivalgeländes) entstehen. Die Anlegestelle in  
18 Harburg soll am Ende des Dampfschiffswegs – unmittelbar östlich des Lagerhauses  
19 der „Harburg Spedition“ – gebaut werden.
- 20     ▪ Die Fährlinie soll am Wochenende mit 20-minütiger Taktung eingesetzt werden. Auch  
21 unter der Woche soll sie mit einer 20-minütigen Taktung fahren, zwischen 06:00 Uhr  
22 bis mindestens 21:30 Uhr. Sowohl die Fährstation Wilhelmsburg-Mitte als auch die  
23 Fährstation Harburg-Dampfschiffsbrücke soll zudem mit dem Busnahverkehrsnetz  
24 verbunden werden. Die Busverbindungen sollen zudem an die Taktung der Fähren  
25 angepasst werden.
- 26     ▪ Im Zuge der Verlängerung soll überprüft werden, ob entlang der verlängerten Route  
27 ein Wohnungsbau- oder Stadtentwicklungskonzept denkbar wären.

### 30 **Begründung:**

31  
32 Eine gelungene Infrastrukturpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass man potenzielle  
33 Fortbewegungsmöglichkeiten in den vielen Stadtteilen erkennt und dafür Sorge trägt, dass  
34 diese auch attraktiv ausgebaut werden.

35 Ganz in diesem Sinne fordern wir die Erweiterung der Fährverbindung 73 über Wilhelmsburg  
36 bis nach Harburg. Wilhelmsburger und Harburger Zentrumspendler sind derzeit auf die Reise  
37 mit der Bahn-Linie S3/S31, der Buslinie 154 und mit dem Auto beschränkt. Andere  
38 Möglichkeiten, den Sprung über die Elbe zu schaffen, gibt es derzeit nicht. Weder  
39 Wilhelmsburg noch Harburg ist bisher auf den Personentransport mit Fähren ausgerichtet.  
40 Trotz des direkten Zugangs beider Stadtteile zu den Elbkanälen ist dieses Potenzial bisher  
41 ungenutzt geblieben.

42 Dafür, dieses Potenzial in Zukunft viel besser zu nutzen, spricht eine Vielzahl von Gründen.  
43 Zum einen brauchen wir endlich eine Alternative für den verkehrstechnisch völlig überlasteten  
44 Weg ins Zentrum Hamburgs über die Elbbrücken (1). Zum anderen könnte Hamburg mit einer  
45 Erweiterung der Fährverbindungen Kosten sparen und seinen öffentlichen Nahverkehr  
46 umweltfreundlicher machen (2). Schließlich bedeutet diese Erweiterung ein zusätzliches  
47 reizvolles Angebot für Hamburgerinnen und Hamburger sowie für Touristinnen und Touristen  
48 (3).

### 50 **1) Eine Alternative zum überlasteten Nadelöhr „Elbbrücken“**

51 Der Bezirk Harburg und der Stadtteil Wilhelmsburg gehören zu den am rasantesten  
52 wachsenden Orten Hamburgs. Dass ihre Bevölkerung auch künftig noch auf anderen Elbseite

53 arbeiten wird, ist zu erwarten. Das Nadelöhr „Elbbrücken“, über das der gesamte Verkehr aus  
54 den Stadtteilen südlich der Elbe in Richtung Zentrum, geschleust wird, ist seit geraumer Zeit  
55 regelmäßig völlig überlastet. Auch die bereits von einigen Seiten vehement geforderte dritte  
56 „Verstärker“-Linie der S-Bahn, wird dieses Problem langfristig nicht allein lösen können. Es ist  
57 somit abzusehen, dass sich die Verkehrsbedingungen für die Reise mit Auto und Bahn noch  
58 weiter verschlechtern werden. Mittelfristig wird der Verkehrszustand für die Anwohner/innen  
59 vor Ort untragbar werden.

60 Daher ist es richtig, einen weiteren Schritt in Richtung einer Alternative der Verkehrswege zu  
61 machen. Eine Fährverbindung zwischen Harburg, Wilhelmsburg und Hamburg kann eine  
62 Entlastung für die Schiene und die Straße darstellen. Schon aus diesem Grund ist die  
63 vorausschauende Installation einer solchen Fährverbindung sinnvoll.

64

## 65 **2) Das kostengünstigere und umweltfreundlichere Verkehrsmittel**

66 Der Aufbau einer Fährverbindung bedeutet eine im Vergleich zur Bahn deutlich günstigere  
67 Verkehrsvariante. Zwar mag der u.U. notwendige Neubau von Fährbooten zunächst mit  
68 einigen Fixkosten verbunden sein. Jedoch ist der Betrieb einer Fähre sehr günstig im  
69 Vergleich zu den hohen Wartungskosten bei der Bahn. Wir als SPD Hamburg stehen dafür  
70 ein, dass unsere Stadt ein Vorbild für den Umweltschutz im urbanen Raum wird. Der Umstieg  
71 auf sauberere Verkehrsmitteln kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, diesem Ziel näher  
72 zu kommen.

73

## 74 **3) Wie das neue Fährangebot die Menschen anlocken wird**

75 Die Überlastung des „Nadelöhrs Elbbrücken“ hat zur Folge, dass jede Fahrt in Richtung  
76 Zentrum in der „Rush Hour“ zu einer Strapaze wird. Dafür sorgt der regelmäßige Stau auf den  
77 Straßen zu Stoßzeiten sowie die völlig überfüllten Regional- und S-Bahn-Züge. Die  
78 Bauarbeiten auf den Elbbrücken oder die Schienersatzverkehr der S-Bahn haben im  
79 Durchschnitt für die Anwohner Südlich der Elbe 40 Minuten mehr Zeit in Anspruch  
80 genommen, um in die Innenstadt zu gelangen. Eine Fährfahrt von Harburg an die  
81 Landungsbrücken mag den Passagierinnen und Passagieren zwar wohl durchschnittlich etwa  
82 zehn bis fünfzehn Minuten mehr an Zeit kosten als eine Bahnfahrt (inklusive umsteigen).  
83 Dafür ist die Fährfahrt jedoch eine viel unbeschwertere Art, zu reisen. Dass die  
84 Hamburgerinnen und Hamburger bei der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs grundsätzlich  
85 dazu bereit sind, längere Fahrtzeiten in Kauf zu nehmen, zeigt die Beliebtheit der  
86 Fährverbindung 112 von den Landungsbrücken nach Övelgönne. Ihre Popularität verdankt sie  
87 der Schönheit und dem Charme unseres Hamburger Hafens. Es ist zu erwarten, dass auch  
88 pendelnde Fahrgäste diesen Reiz für sich entdecken und langfristig auf die Fähre umsteigen  
89 werden.

90 Aus dem gleichen Grund hat die Fährverbindung 73 das Potenzial, eine neue Attraktion des  
91 Hafentourismus zu werden. Eine Fahrt durch den Reiherstiegkanal gleicht einer  
92 Hafenrundfahrt. Die Fährfahrt ermöglicht es, die vom Tourismus noch weitgehend isolierten  
93 Stadtteilen Wilhelmsburg oder Harburg, in das touristische Konzept Hamburgs zu integrieren.

1 **Verantwortungsbewusstsein fängt bei uns an**

2

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat beschlossen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Wir fordern die Jusos Hamburg dazu auf, bei ihren eigenen Veranstaltungen auf den Aspekt  
9 der ökologischen Nachhaltigkeit zu achten und verantwortungsbewusst zu handeln.

10

11 Dazu gehören:

12

13 Vollständiger Verzicht von Lebensmitteln und Getränken aller zu Nestlé, Unilever und Coca  
14 Cola gehörenden Marken

15

16 Für einen umfassenden Umgang soll es eine Black- und White-List zur Orientierung erarbeitet  
17 werden

18

19 Plastik- und Doppelverpackungen vermeiden

20

21 Einwegbesteck und -Geschirr vermeiden

22

23 Lebensmittelverschwendung minimieren

24

25 Auf Veranstaltungen soll es immer eine vegetarische, und nach Möglichkeit auch eine vegane  
26 Option geben

27

28 Mülltrennung einhalten

29

30

31 **Begründung:**

32

33 Die Jusos Hamburg müssen sich dazu verpflichten, keine Getränke und Lebensmittel aller zu  
34 Nestlé, Unilever und Coca Cola gehörenden Firmen zu kaufen. Es handelt sich um  
35 umweltverschmutzende und menschenrechtsverletzende Unternehmen, die nicht mit unseren  
36 Werten als Jusos vereinbar sind und somit sollten wir sie in keiner Weise unterstützen.  
37 Stattdessen empfiehlt es sich auf regionale und saisonale Produkte zurückzugreifen.

38

39 Ein gutes Beispiel für Getränke sind die Marken Viva con Aqua und Fritz, die zusätzlich  
40 soziale Projekte unterstützen. Alternativ können auch kostengünstige Produkte gekauft  
41 werden, die nicht von den oben genannten Marken stammen.

42

43 Es ist nicht nötig Wasser ohne Kohlensäure in Flaschen zu kaufen, da wir Leitungswasser  
44 bereitstellen können.

45

46 Beim Einkauf von Lebensmitteln für Veranstaltungen der Jusos Hamburg soll darauf geachtet  
47 werden, dass möglichst ressourcensparsame und umweltschonende Verpackungsformen  
48 bevorzugt werden. Insbesondere „Doppelverpackungen“ sollten vermieden werden.

49

50 Bei Veranstaltungen der Jusos Hamburg ist Einweggeschirr und -besteck zu vermeiden. Erste  
51 Wahl ist herkömmliches Geschirr und Besteck. Sollte Einweggeschirr einmal unumgänglich  
52 sein, ist eine Plastikalternative aus umgeschichtetem, recyceltem Papier oder Holz zu wählen.

53

54 Bei den Einkäufen sollten außerdem keine im Supermarkt erhältlichen Plastik- oder  
55 Papiertüten genutzt werden.

56

57 Weiterhin sollten die Jusos Hamburg versuchen bei ihren Einkäufen auf die Qualität und  
58 Menge zu achten und bestmöglich zu kalkulieren. Ist dies nicht möglich und Lebensmittel  
59 bleiben übrig, verpflichten sich die Jusos Hamburg diese nicht wegzuschmeißen, sondern an  
60 Bedürftige weiterzugeben. Dies passiert natürlich nur, wenn keine Gefahr durch  
61 Unterbrechung der Kühlkette oder Verderblichkeit besteht.

62

63 Die Jusos Hamburg sollen im täglichen Geschäft sehr genau auf Mülltrennung achten und bei  
64 ihren Veranstaltungen sind mindestens vier separate Behälter für Papier-, Plastik-, Rest- und  
65 Biomüll bereitzustellen.

## 1 Carsharing für ganz Hamburg!

2  
3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD  
5 Landesparteitag beschlossen:

### 6 **Forderung:**

7  
8  
9 Senat und Bürgerschaft werden aufgefordert,

10  
11 1. mit den größten Carsharing Anbietern in Hamburg, insbesondere mit Car2go, Drive Now und  
12 Emmy in Verhandlungen über die Ausweitungen der Geschäftsgebiet in den Randbezirken zu  
13 treten und sich entschlossen für dieses Ziel einzusetzen. Es soll angestrebt werden, den  
14 Benutzer\*innen das Abstellen der Fahrzeuge im gesamten neu erschlossenen Geschäftsgebiet  
15 zu ermöglichen (Float-Variante), zumindest jedoch an einzelnen, gleichmäßig verteilten  
16 Standorten (stationsbasierte Variante).

17  
18 2. die künftige Unterstützung für SwitchHH-Plätze oder Ausweisung von Parkflächen für  
19 Carsharing Anbieter zwingend daran zu koppeln, dass sich die Anbieter bereiterklären, ihr  
20 Geschäftsgebiet zu erweitern und stationsbasierte Angebote in Randlagen zu schaffen.

### 21 **Begründung:**

22  
23  
24 Carsharing boomt. Durch das organisierte gemeinschaftliche Nutzen von Automobilen  
25 kann eine Vielzahl von Personen dasselbe Auto benutzen. Anstatt ein eigenes Auto zu  
26 erwerben, die ständigen Kosten zu tragen, es dann möglicherweise nur unregelmäßig  
27 zu fahren und öffentliche Flächen in der Stadt zu blockieren, kann vielmehr  
28 bedarfsgerecht das Auto angemietet und danach wieder für den nächsten Benutzer  
29 abgestellt werden. Das schont den Geldbeutel und die Umwelt, erhöht die Mobilität und  
30 verringert den Parkplatzbedarf in der Stadt.

31  
32 Problematisch ist jedoch, dass die Geschäftsgebiete der Carsharing Anbieter oft vor  
33 den äußeren Bezirken und Stadtteilen enden und damit auch an Gebieten, die sowieso  
34 nicht optimal durch den ÖPNV angebunden sind.

35  
36 Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für die Lebensqualität in der Stadt. Vor allem  
37 für Alleinstehende und Personen, die sich kein eigenes Auto leisten können sind  
38 Carsharing Angebote reizvoll.

39  
40 Carsharing Angebote dürfen dabei nicht als Konkurrenz zum ÖPNV gesehen werden,  
41 denn sie können diesen keinesfalls ersetzen, jedoch können sie als gute und praktische  
42 Ergänzung zum Mobilitätsangebot in der Stadt dienen.

43  
44 Es ist jedoch nicht akzeptabel, dass Carsharing Anbieter von der Stadt Hamburg nach  
45 Kräften unterstützt und subventioniert werden und gleichzeitig in der Vergangenheit  
46 nicht bereit waren, ihre Geschäftsgebiete zu erweitern. Hier muss die Stadt deutlich  
47 selbstbewusster auftreten und den Anbietern unsere Bedingungen stellen, damit die  
48 Mobilität in Hamburg weiter verbessert wird.

AntragstellerIn: Landesvorstand

## 1 Jugendticket für Hamburg – Schüler\*innen und Azubis mobil 2 machen! Das 1€-Tagesticket.

3  
4  
5 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD  
6 Landesparteitag beschlossen:

### 7 8 9 **Forderung:**



10  
11 Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit fordern wir die Einführung  
12 eines ÖPNV-Jugendtickets zum 01.01.2020, das allen Hamburger Auszubildenden und  
13 Schüler\*innen die Nutzung des ÖPNVs zum besonders günstigen Preis von durchschnittlich  
14 1€ pro Tag ermöglicht.

### 15 16 17 **Begründung:**

18  
19 Wir Jusos wollen die Mobilität der Menschen nicht einschränken, sondern vielmehr sichern,  
20 fördern und nachhaltig gestalten. Deswegen benötigen wir einen leistungsfähigen und  
21 modernen öffentlichen Personennahverkehr und die Förderung des Radverkehrs. Der HVV  
22 leistet schon heute einen gewaltigen Beitrag für die umwelt- und klimafreundliche Gestaltung  
23 des Verkehrs in der Stadt und der Region. Der HVV soll ein modernes Unternehmen sein, das  
24 seine Fahrgäste bequem, sicher, sauber, klimafreundlich, barrierefrei, mit möglichst wenig  
25 Lärm und kostengünstig zum Ziel bringt. Gerade letzteres ist jedoch noch nicht der Fall.

26  
27 Das Platzangebot in Bahnen und Bussen muss nicht nur ausreichend sein, sondern künftig  
28 noch viel größer werden, wenn noch viel mehr Menschen vom Auto auf den öffentlichen  
29 Nahverkehr umsteigen sollen. Bis die großen Bauprojekte aber alle fertig sind, werden noch  
30 Jahre vergehen. Wir setzen uns dafür ein, noch viel mehr Busse und Bahnen auf den  
31 bestehenden Strecken einzusetzen und das in möglichst kurzen Takten. Auch wenn wir die  
32 regelmäßig steigenden Preise als falsch einstufen, da sie dazu führen, dass Menschen  
33 weiterhin ihren PKW nutzen, erkennen wir an, dass dies kurzfristig bei gleichzeitigem  
34 Streckenausbau nicht geändert werden kann. Für junge Menschen sind jedoch nicht nur  
35 weitere Preissteigerungen zu verhindern, sondern vielmehr eine Reduktion der Preise  
36 anzustreben. Die Jugend muss mobil sein. Denn diese Angebote müssen gerade von jungen  
37 Menschen nutzbar sein, um einen Umstieg auf die nachhaltigeren ÖPNV Angebote zu  
38 schaffen. Wir müssen Anreize für ein mobiles und nachhaltiges Leben setzen!

39  
40 Die regelmäßig steigenden Preise für die Karten des HVV können sich Berufstätige leisten,  
41 wenn sie über ordentliche Einkommen verfügen. Für Studierende gibt es bereits das  
42 SemesterTicket, das ein günstiges Angebot zur Nutzung des HVV-Gesamtbereichs darstellt  
43 und von den Jusos erkämpft wurde. Die besonders günstigen Konditionen für das  
44 Semesterticket werden dadurch möglich, dass die Hochschulen als Körperschaft des  
45 öffentlichen Rechts mit Pflichtmitgliedschaft verfasst sind. Auf diese Weise können die  
46 Studierendenschaften Verträge mit dem HVV mit Wirkung für alle ihre Mitglieder abschließen.  
47 Bei den Ausbildungsbetrieben ist das nicht so. Ein vergleichbar günstiges Angebot gibt es  
48 daher für Auszubildende nicht, obwohl die finanzielle Lage vieler Auszubildenden überhaupt  
49 nicht gut ist. Dieses Ungleichgewicht wollen wir beheben. Im Zeichen des Fachkräftemangels  
50 können solche attraktive Konditionen eine wichtige Entscheidungshilfe bei der Beantwortung  
51 der Frage darstellen, wo studiert oder eine Ausbildung aufgenommen wird.



53 Wir Jusos fordern daher aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, dass alle Hamburger  
54 Auszubildenden und Schülerinnen und Schülern Monats- und Abonnementskarten zu  
55 besonders günstigen Preisen erwerben können. Dabei reicht es uns nicht, dass  
56 Auszubildende künftig zum heutigen Schülertarif fahren. Wir wollen, dass es auch für Schüler  
57 günstiger wird! Wir Jusos kämpfen dafür, dass alle Hamburger Schüler\*innen und  
58 Auszubildende in Hamburg in Zukunft nur noch zum Preis von einem Euro am Tag fahren –  
59 sei es als 365€ Jahresticket oder mit entsprechenden Monatstickets. Lang- und mittelfristig  
60 möchten wir uns dafür einsetzen, dass die insgesamt die Kosten für die ÖPNV-Tickets nicht  
61 ansteigen beziehungsweise sogar sinken. Wenn wir langfristig Menschen dazu motivieren  
62 wollen, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen damit der CO2 Ausstoß spürbar gesenkt wird,  
63 dann muss der ÖPNV auch preislich attraktiv sein. Wir setzen uns dafür ein das nachhaltige  
64 Handeln kein Luxusgut ist und Mobilität für alle erschwinglich.



## 1 **Äußere Ringbahn für Hamburg**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat beschlossen und an den  
4 Landesparteitag der SPD Hamburg weitergeleitet:

5

6

### 6 **Forderung**

7

8

9

Der ÖPNV in Hamburg befindet sich heute seiner der oberen Belastungsgrenze. Um hier eine  
strukturelle Abhilfe zu schaffen, fordern wir zu prüfen, inwiefern eine äußere Ringbahn  
realisiert werden kann. Die Äußere Ringbahn soll sich an folgenden Prämissen orientieren:

10

I. Der überlastete Verkehrsknotenpunkt Hauptbahnhof soll umfahren werden

11

II. Wenn möglich, sollen die bestehenden Schienen der Güterumgebungsbahn  
(Eidelstedt-Rothenburgsort-Harburg) genutzt werden, bzw. parallel verlaufende  
zusätzliche Gleisstränge verlegt werden

12

13

III. Die Lücke von Altona nach Altenwerder soll mit einer Untertunnelung der Elbe  
etwa auf Höhe des Neuen Elbtunnels geschlossen werden, um einen Ringschluss  
nach Harburg zu erreichen

14

15

16

IV. Wenn der Ringschluss im südlichen Abschnitt nicht möglich ist oder  
unverhältnismäßig unwirtschaftlich ist, soll geprüft werden, ob der Nordbogen von  
Eidelstedt nach Rothenburgsort auch allein sinnvoll umzusetzen ist

17

18

19

V. Die Bewertung soll darauf beruhen, ob neben den rechtlich vorgesehenen Kriterien  
zur Wirtschaftlichkeit die Strecke den Bewegungsmustern der Bürger\*innen  
entspricht.

20

21

22

VI. Wenn sich zum jetzigen Zeitpunkt nur Teilstrecken als sinnvoll erweisen soll bei  
der darauffolgenden Planung eine zukünftige Erweiterung auf weitere  
Streckenabschnitte bereits berücksichtigt werden.

23

24

25

### 26 **Begründung**

27

28

29

30

31

32

33

34

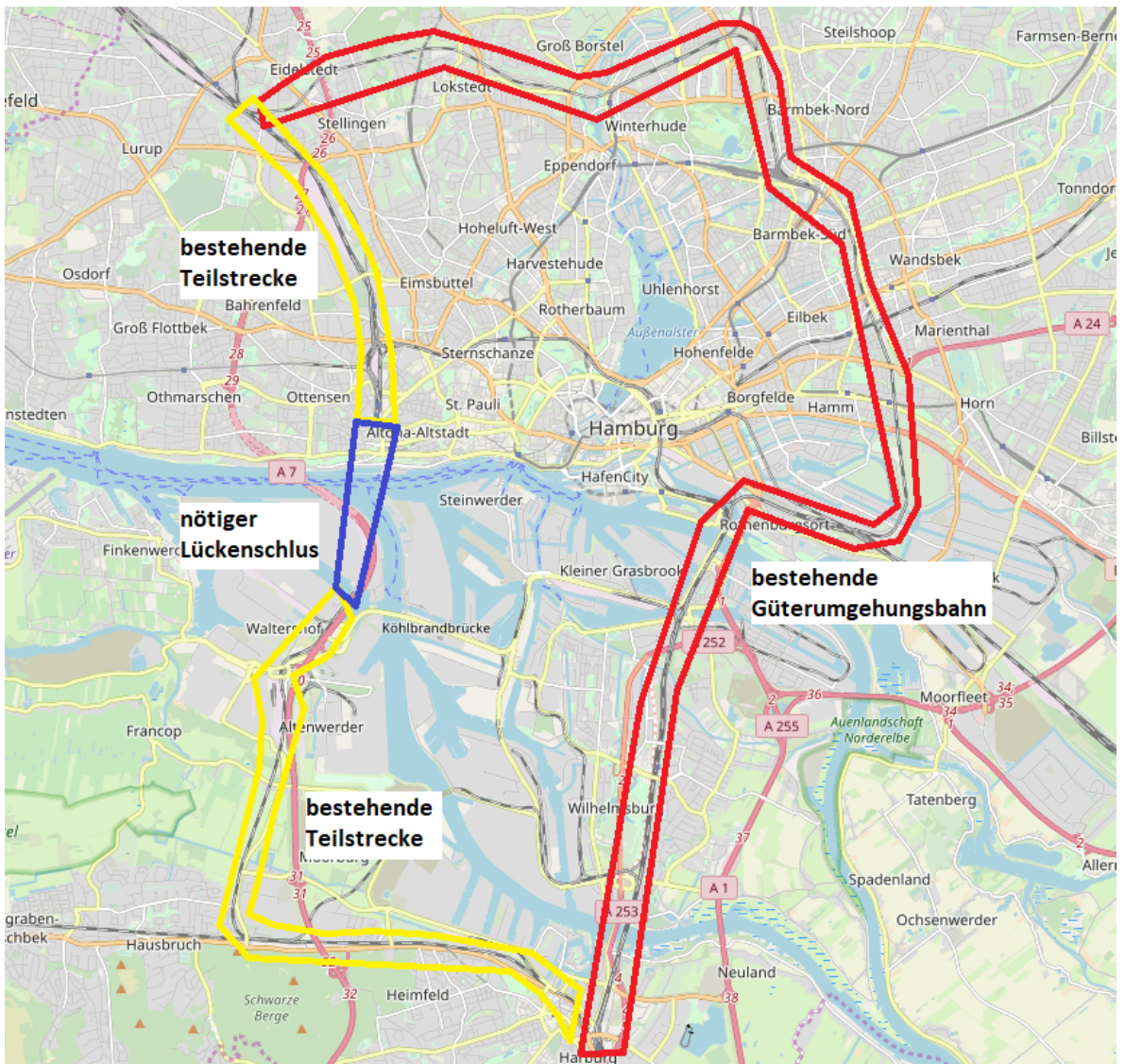
35

36

37

38

*Skizze des möglichen Bahnverlaufs auf Folgeseite*



39  
40  
41

# *IX. Stadtplanung*



**1 Wohnraumleasing gerecht gestalten!**

2

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD  
5 Landesparteitag beschlossen

6

7

**8 Forderung:**

9

10 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg wird dazu aufgefordert, zu prüfen, inwieweit  
11 Mieterrechte bei neuartigen Leasing-Modellen für Privatwohnungen und  
12 -immobilien garantiert sind. Bei Gesetzeslücken sollen entsprechende  
13 Gesetzesänderungen erarbeitet werden, um die selben Rechte für Leasingnehmerinnen  
14 und Leasingnehmer zu gewährleisten.

15

16

**17 Begründung:**

18

19 Das Hamburger Immobilien-Start-Up OWNR (<https://www.ownr.eu/de/>) drängt mit einem  
20 neuen Leasingmodell für Wohnraum auf den Hamburger Mietmarkt. Dabei werden zum  
21 Verkauf stehende Wohnungen und Häuser von OWNR aufgekauft, renoviert und an  
22 Interessentinnen und Interessenten verleast. Der Mieterverein zu Hamburg sieht die  
23 Gefahr, dass gesetzlich garantierte Mieterinnen- und Mieterrechte (wie etwa die  
24 Mietpreisbremse) durch ein entsprechendes Leasingmodell umgangen werden könnten  
25 [1].

26 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg soll demnach prüfen, ob durch ein  
27 entsprechendes Leasingmodell die gesetzlichen Rechte von Mieterinnen und Mietern  
28 auch bei Leasingverträgen greifen. Falls dies nicht der Fall sein sollte, sollen  
29 entsprechende Gesetzesänderungen erarbeitet werden.

30 [1] [https://www.abendblatt.de/wirtschaft/article215536529/So-funktioniert-Wohnraum-](https://www.abendblatt.de/wirtschaft/article215536529/So-funktioniert-Wohnraum-Leasing-Das-sollten-Sie-wissen.html)  
31 [Leasing-Das-sollten-Sie-wissen.html](https://www.abendblatt.de/wirtschaft/article215536529/So-funktioniert-Wohnraum-Leasing-Das-sollten-Sie-wissen.html)

## 1 Für einen anderen Umgang mit Grund und Boden

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD  
4 Landesparteitag beschlossen:

5

### 6 **Forderung:**

7

#### 8 **1. Rückkehr zu einer Politik der Bodenbevorratung durch die öffentliche Hand**

9

10 In der Vergangenheit wurde Boden, der sich in öffentlicher Hand befand, allzu oft  
11 meistbietend und bedingungslos an Private verkauft. Diese Flächen fehlen dem Staat heute  
12 beim Bau von öffentlichen Einrichtungen, bei der gemeinwohlorientierten Entwicklung von  
13 Gewerbe- und Wohngebieten und auch bei der Versorgung des städtischen Raumes mit  
14 wortortnahen Grünflächen zur Steigerung der Wohnqualität.

15 Hier muss ein Umdenken stattfinden: Zunächst müssen Bund, Länder und Kommunen wieder  
16 umfassend Boden erwerben, der in den Dienst einer langfristig ausgerichteten  
17 Bodenentwicklungspolitik gestellt wird. Dafür ist insbesondere das Instrumentarium staatlicher  
18 Vorkaufsrechte weiterzuentwickeln. Davon unabhängig sind die schon jetzt bestehenden  
19 rechtlichen Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Das bedeutet insbesondere, dass die Länder  
20 und Kommunen ihre Wohnungsbaugesellschaften der öffentlichen Hand konsequent  
21 anweisen, bestehende Vorkaufsrechte zu nutzen und dies entweder durch  
22 Quersubventionierung auf Ebene der Wohnungsbaugesellschaften oder durch Zuschüsse  
23 seitens von Land oder Kommune zu finanzieren. Ergänzend müssen Länder und Kommunen  
24 aktiv auf genossenschaftliche oder andere nicht-profitorientierten Bauträger zugehen, um mit  
25 ihnen Finanzierungsmodelle ausarbeiten, die es erlauben, dass die öffentliche Hand ihr  
26 zustehende Vorkaufsrechte auch zugunsten von privaten Genossenschaftsprojekten oder  
27 Non-Profit-Bauvorhaben ausübt.

28 Außerdem darf Boden, der sich einmal in öffentlicher Hand befindet, Privaten nur noch **auf**  
29 **Zeit** und **zweckgebunden** zur Verfügung gestellt werden. Dies kann beispielsweise durch  
30 Instrumente wie das Erbbaurecht oder dinglich abgesicherte Rückkaufsrechte zum  
31 Einstandspreis bewerkstelligt werden. Ein endgültiger Verkauf von öffentlichem Grund und  
32 Boden muss nach Möglichkeit vermieden werden, Lösungen mit Erbbaurecht sind  
33 vorzuziehen. In begründeten Ausnahmefällen kann ein Verkauf eine Alternative sein.  
34 Bodenbevorratung ist Vermögensbildung im Dienst der Allgemeinheit. Es ist Aufgabe der  
35 öffentlichen Hand, den Boden für die Allgemeinheit nutzbar zu machen und nutzbar zu halten.

36 Die Erfahrung zeigt zudem, dass sich der Erwerb von Grund und Boden durch die öffentliche  
37 Hand mittelfristig auch finanziell lohnt.

38

## 39 **2. Orientierung privater Bodennutzung am Gemeinwohl**

40

41 Eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik muss nicht nur die Frage aufgreifen, wer wann zu  
42 welchen Bedingungen über Boden verfügen kann, sondern auch die Art und Weise der  
43 Nutzung des Bodens in den Blick nehmen.

44 Besondere Bedeutung hat dabei Boden, der zu Wohnzwecken und damit zur Befriedigung  
45 eines elementaren menschlichen Bedürfnisses genutzt wird. In den Ballungsräumen muss die  
46 Bauplanung konsequent an dem Ziel ausgerichtet werden, **Wohnraum für niedrige und**  
47 **mittlere Einkommen** zu schaffen und dauerhaft zu erhalten. Dabei ist genossenschaftlichen  
48 oder anderen nicht-profitorientierten Bauvorhaben stets Vorrang vor kommerziellen Projekten  
49 einzuräumen. Ferner muss Deutschland ein **Mietpreisregulierungsrecht** erhalten, das dem  
50 Belang der sozialen Sicherheit deutliche Priorität gegenüber den Renditeerwartungen der  
51 Eigentümer\*in einräumt. Orientierungsmarke ist dabei das Prinzip der Kostenmiete.

52

53 Neben dem Wohnen ist die Sicherstellung einer Ernährungsgrundlage und Versorgung mit  
54 natürlichen Ressourcen wie Holz eine andere, gleichermaßen existenzielle Art und Weise der  
55 Bodennutzung. Vor diesem Hintergrund ist durch **Änderungen des Baurechts** darauf  
56 hinzuwirken, dass die Bewirtschaftung von Agrar- und Forstflächen auf dem Land auf die  
57 **Bedürfnisse einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft** ausgerichtet wird.  
58 **Zweckentfremdung von Boden** – sei es in Form des spekulativen Brachliegens von  
59 Baugrundstücken, der nicht-landwirtschaftlichen Nutzung von Agrarflächen, des Leerstands  
60 oder der Verwahrlosung von Wohngebäuden oder des illegalen Hotelbetriebs – ist unter  
61 Ausnutzung und Erweiterung des gesamten rechtlichen Instrumentariums von Bußgeldern bis  
62 hin zur staatlichen Zwangsverwaltung **entschieden zu bekämpfen**.

63

64

## 65 **3. Kein Profit mit Spekulation – Abschöpfung von leistungslosen** 66 **Bodenwertsteigerungen zu Gunsten der Allgemeinheit!**

67

68 Keine Eigentümer\*in hat den Wert ihres Bodens vollständig allein geschaffen. Gerade in den  
69 Ballungszentren beruht der Wert von Grundstücken ganz wesentlich auf Vorleistungen der  
70 Allgemeinheit, die Infrastruktur wie U-Bahnen, Schulen, Theater, Museen und Parks sowie die  
71 Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Polizei und Justiz mit  
72 Steuergeldern finanziert. Außerdem sind Steigerungen des Bodenwertes, die ohne

73 besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand der Eigentümer\*in entstehen, durch Besteuerung  
74 von der Allgemeinheit abzuschöpfen. **Es gibt kein Recht darauf, durch den Handel mit**  
75 **Boden Profite zu erzielen!**

76

#### 77 **4. Transparenz über Eigentumsverhältnisse – Wem gehört der Boden?**

78

79 Der Bodenmarkt ist intransparent. Wir müssen aber wissen, wie die Eigentumsverhältnisse  
80 aussehen, um diese ändern können. Wir brauchen Transparenz in einem Markt, von dem  
81 unklar ist, wie er strukturiert ist. Im europaweiten Vergleich gehören die Grundbuchämter in  
82 Deutschland zu den verschlossensten. Wir wollen, dass jede\*r die Eigentumsverhältnisse bei  
83 den Grundbuchämtern erfragen kann und nicht nur die, die ein sogenanntes berechtigtes  
84 Interesse haben. Dabei sollen nur die Eigentumsverhältnisse, aber nicht Vermögens- oder  
85 Schuldverhältnisse eingesehen werden können; das soll weiterhin nur bei einem berechtigten  
86 Interesse zulässig sein. Wir wollen auch, dass der Eintrag einer Briefkastenfirma durch  
87 Informationen über die wahren Eigentümer\*innen, den sogenannten wirtschaftlich  
88 Berechtigten, begleitet wird und von allen Bürger\*innen abgefragt werden kann.

89

90

#### 91 **Begründung:**

92

93 Mieten und Grundstückspreise in den deutschen Ballungszentren steigen so rasant, dass  
94 Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen zunehmend aus den Städten verdrängt  
95 werden und vielerorts auch Gewerbetreibende, Freiberufler\*innen und sozialen Einrichtungen  
96 keine Perspektive für ihre Arbeit mehr haben. Dieser Verdrängungsdruck führt zu einer  
97 Atmosphäre der sozialen Unsicherheit, in der viele Menschen Angst haben, ihr Zuhause und  
98 damit ihre Heimat zu verlieren. Er hat außerdem zur Folge, dass die wirtschaftlichen  
99 Unterschiede zwischen Arm und Reich immer stärker auch räumlich zementiert werden und  
100 der Spaltung der Gesellschaft so Vorschub geleistet wird.

101 Der Grund für diese Entwicklung liegt zum Teil darin, dass immer mehr Menschen in die  
102 Städte ziehen und die Nachfrage an nutzbarem Boden dadurch steigt. Gleichzeitig haben sich  
103 Grund und Boden aber auch zu einem weltweit nachgefragten Anlageobjekt entwickelt.  
104 Grundstücke werden gehandelt wie Gold oder Aktien. Das führt zu spekulativen  
105 Übertreibungen der Baulandpreise und dazu, dass sowohl Neubauvorhaben als auch der  
106 Altbestand allzu oft nicht zur Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit Wohnraum  
107 genutzt wird, sondern auf Luxus oder Gewerbeprojekte ausgerichtet ist, die die exorbitanten  
108 Renditeerwartungen von Finanzinvestor\*innen befriedigen können.

109 Nach dem gleichen Prinzip konzentrieren sich außerhalb der Städte Agrarflächen als  
110 Anlagegüter in der Hand von Konzernen und Kapitalfonds, die damit spekulieren und die  
111 Preise für Wald, Ackerland und Weideflächen ins Unermessliche steigern. Durch dieses  
112 sogenannte "Landgrabbing" haben insbesondere Land- und Forstwirt\*innen, die auf eine  
113 nachhaltige, umweltschonende Bewirtschaftung der Böden abzielen, es zunehmend schwer.  
114 Das Ziel einer ökologischen Wende in der Landwirtschaft gerät so in ernstliche Gefahr.  
115 Wir wollen diese Entwicklung nicht weiter hinnehmen und fordern eine grundlegende Wende  
116 hin zu einer verantwortungsvollen, solidarischen Bodenpolitik, die darauf gerichtet ist, dass  
117 Grund und Boden in Stadt und Land zum Wohle aller Menschen genutzt werden. Im Zentrum  
118 einer solchen Bodenpolitik muss dabei der Gedanke stehen, dass Boden keine beliebige  
119 Ware ist, sondern eine Grundvoraussetzung menschlicher Existenz darstellt. Boden ist  
120 unvermehrbar und unverzichtbar. Er darf daher nicht dem unübersehbaren Spiel der  
121 Marktkräfte und dem Belieben des Einzelnen überlassen werden, sondern muss mehr noch  
122 als alle anderen Vermögensgüter in den Dienst der Interessen der Allgemeinheit gestellt  
123 werden. Die Wertschätzung des knappen und unentbehrlichen Gutes Boden darf sich nicht  
124 länger in spekulativen Gewinnerwartungen ausdrücken, sondern sollte vielmehr im Sinne  
125 einer nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Bewirtschaftung erfolgen, die den Boden als  
126 wesentliche Grundlage der Daseinsvorsorge sowohl für die heutige Bevölkerung als auch für  
127 die kommenden Generationen reflektiert. Insofern ist die Forderung nach einer Wende in der  
128 Bodenpolitik auch die Aufforderung, einen Bewusstseinswandel zu vollziehen. Aus dieser  
129 Grundüberzeugung folgen für uns vier politische Leitgedanken, an denen eine sozial gerechte  
130 und nachhaltige Bodenpolitik zukünftig auszurichten ist.



1 **Schlupflöcher stopfen – Milieuschutz stärken!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den  
4 Landesparteitag der SPD Hamburg beschlossen:

5

6

7

**Forderung:**

8

9 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der  
10 Bundesregierung dazu auf, sich für eine Reform des Baugesetzbuches einzusetzen, mit der  
11 der Milieuschutz als Instrument der Stadtentwicklungspolitik wie folgt gestärkt wird:

12

13 1. Das gemeindliche Vorkaufsrecht im Milieuschutz wird auf Wohnungs- und  
14 Teileigentum ausgedehnt.

15

16 2. Der Anspruch von Eigentümer\*innen, auch im Milieuschutzgebiet Mietwohnungen in  
17 Eigentumswohnung umzuwandeln, wenn das Wohnungseigentum danach für sieben  
18 Jahre nur den Mieter\*innen zum Kauf angeboten wird (§ 172 Abs. 4 S. 3 Nr. 6  
19 BauGB), wird ersatzlos gestrichen.

20

21 3. Es wird gesetzlich klargestellt, dass das gemeindliche Vorkaufsrecht im  
22 Milieuschutzgebiet auch in Fällen von sog. "Share Deals" gilt, wenn die juristische  
23 Person, deren Anteile veräußert werden, außer Grundstücken (bzw.  
24 Wohnungseigentum) kein nennenswertes Vermögen hat und abgesehen von der  
25 Verwaltung von Grundstücken auch keine erhebliche Geschäftstätigkeit entfaltet.  
26 Wenn jemand mehr als 50 % der Anteile an einer solchen juristischen Person erwirbt,  
27 greift das Vorkaufsrecht.

28

29 4. Die Möglichkeit der Preislimitierung bei der Ausübung des Vorkaufsrechts wird  
30 dahingehend verschärft, dass der Vorkaufspreis in jedem Fall auf Basis des  
31 gegenwärtigen Ertragswertes des Kaufobjektes berechnet und nach oben hin begrenzt  
32 wird.

33

34 5. Die Zwei-Monats-Frist, binnen derer die öffentliche Hand Vorkaufsfälle prüfen und über  
35 die Ausübung des Vorkaufsrechts entscheiden muss (§ 28 Abs. 2 S. 1 BauGB), wird  
36 verlängert.

37

38

39

40

41

**Begründung:**

42

43

Erfolgt mündlich

# *X. Digitalisierung*



1

2

## **Vorwärts ins Netz des 21. Jahrhunderts**

3

4

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den Senat, die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, sowie an den SPD Landesparteitag beschlossen

6

7

8

9

### **Forderung:**

10

11

Die SPD Hamburg wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, sich der Bundesratsinitiative (Drs. 67/19) Mecklenbug-Vorpommerns anzuschließen.

12

13

14

15

### **Begründung:**

16

17

Im Koalitionsvertrag verständigten sich die Regierungsparteien darauf, den Ausbau der Mobilfunkversorgung zu forcieren und Deutschland zum Leitmarkt für 5G zu entwickeln. Auch soll sichergestellt werden, dass es zu einer verlässlichen und lückenlosen Mobilfunkversorgung kommt.

20

21

22

Dem werden die derzeitigen Vorgaben der Netzversteigerung schlicht nicht gerecht. Aktuell halten Telekom Deutschland, O2 und Vodafone 75.000-80.000 Masten. Geht es nach den Vergaberegeln kommen bis 2022 nur rund 1000 5G-Masten je Lizenznehmer dazu. Zudem sollen 500 Basisstationen „weißen Flecken“ abhelfen. Zum Vergleich: Laut Branchenverband Bitkom wären rund 800.000 Masten nötig, um flächendeckend 5G-Netz anbieten zu können.

26

27

28

Unter den bestehenden Rahmenbedingungen ist zu befürchten, dass Teile Deutschlands langfristig von der Zukunft des mobilen Internets abgehängt werden. Dies hat nicht nur negative Auswirkungen auf den Forschungs-, Entwicklungs- und Industriestandort Deutschland, sondern auch auf die Gesellschaft. Digitale Teilhabe bedeutet heute auch soziale Teilhabe. Gleichwertige Lebensverhältnisse können mit den derzeitigen Vorgaben nicht gewährleistet werden.

29

30

31

32

33

AntragstellerIn: Jusos Wandsbek

## 1 **Digitalen Marktplatz markt- und staatsfern gestalten – Schaffung** 2 **einer unabhängigen Online-Plattform**

3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den Juso  
5 Landesvorstand beschlossen:

### 6 7 8 **Forderung:**

9  
10 Wir fordern die SPD dazu auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine  
11 unabhängige Online-Plattform durch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts geschaffen  
12 wird. Diese Plattform soll als Erweiterung des über den Rundfunkbeitrag finanzierten  
13 Medienangebots neben den bisherigen Rundfunkanstalten existieren. Auf eine entsprechende  
14 Änderung des Rundfunkstaatsvertrages ist hinzuwirken.

15  
16 Diese Plattform soll als Gegengewicht zu den nicht-regulierten Internetkonzernen aus den  
17 USA die folgenden Punkte erfüllen, um ein wirksames deutsches (europäisches)  
18 Gegengewicht zu erzeugen:

- 19 • Die Inhalte der öffentlich-rechtlichen Sender sind vollständig vorhanden.
- 20 • Dazu sind Inhalte von privaten Medien zugelassen, es existiert ein integriertes  
21 Bezahlungssystem für solche Inhalte.
- 22 • Werbung ist zu Finanzierungszwecken in geringem Maße zugelassen.
- 23 • Jeder Nutzer hat eine Profilseite.
- 24 • Jeder Nutzer darf Inhalte posten.
- 25 • Das Posten kann nach Verstößen eingeschränkt werden.
- 26 • Zur Meinungsbildung existieren moderierte Diskussionsbereiche.
- 27 • Der Algorithmus sorgt für eine Informationsvielfalt und ist öffentlich einsehbar, um  
28 Transparenz zu schaffen.
- 29 • Die benötigten Server stehen in Europa und unterliegen europäischen  
30 Datenschutzbestimmungen.
- 31 • Der größte Teil der Plattform soll gemeinwohlorientiert sein. Dafür ist eine Einbindung  
32 von Kultureinrichtungen und Wissenschaft zu prüfen.

33  
34 Die Online-Plattform ist von Anfang so zu planen, dass sie durch Beteiligung weiterer EU-  
35 Mitgliedsstaaten zu einer europäischen Plattform ausgedehnt werden kann.

### 36 37 38 **Begründung:**

39  
40 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland wurde nach dem zweiten Weltkrieg  
41 aufgebaut mit dem Ziel eine markt- und staatsferne mediale Grundversorgung sicher zu stellen.  
42 Bekanntlich hat sich die Medienlandschaft seit Anfang der 2000er gravierend gewandelt.  
43 Insbesondere Facebook, Twitter und YouTube haben hohe Nutzerzahlen und damit Einfluss  
44 auf die politische Bildung und Diskussion der Öffentlichkeit. Aufgrund der Finanzierung über  
45 den Markt haben sie allerdings kein Interesse Informationsvielfalt, Kampf gegen  
46 Falschinformationen oder moderierten Diskussionen. Stattdessen sind dort vor allem  
47 polarisierende Beiträge, Hasskommentare und Beeinflussungen der öffentlichen Meinung zu  
48 beobachten. Hier soll mit einer markt- und staatsferne Online-Plattform, finanziert über den  
49 Rundfunkbeitrag, ein mediales Gegengewicht geschaffen werden.  
50 Um bestimmte Zielgruppen zu erreichen müssen mittlerweile auch die öffentlich-rechtlichen  
51 Anbieter auf YouTube, Facebook, Instagram und Co ausweichen. Damit unterstützen nicht

52 nur öffentlich finanzierte Beiträge diese Konzerne, sie stehen dort auch in Konkurrenz zu  
53 Beiträgen verschiedener inhaltlicher Qualität.

54 Als Beispiel einer gelungenen Verlagerung des öffentlich-rechtlichen Medienangebotes kann  
55 die Plattform „funk“ betrachtet werden. Hier haben ARD und ZDF gemeinsam ein Angebot für  
56 junge Menschen geschaffen, das im Internet stattfindet und erfolgreich ist. Auch dieses  
57 öffentlich-rechtliche Angebot muss sich aber derzeit YouTube, Facebook und Instagram  
58 bedienen, um Inhalte zu verbreiten und Öffentlichkeit zu erzeugen.

59 Daher sollte eine eigene, unabhängige Plattform geschaffen werden, um die Kontrolle über  
60 einen Teil der Öffentlichkeit zurückzugewinnen.

61 Wichtig ist dabei auch, dass die Richtlinien und Datenschutzbestimmungen einer solchen  
62 Plattform von Beginn an nach europäischem Recht formuliert werden könnten. Es entsteht  
63 keine Abhängigkeit mehr von Plattformen mit fragwürdigen Löschrinzipien und  
64 Datenschutzbestimmungen.

65 Als europäische Plattform könnte ein echtes Gegengewicht entstehen, daher muss von  
66 Beginn an eine europäische Erweiterung mitgedacht werden.